

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



3 Wanderungs-
bewegungen im
internationalen
Kontext:



7 Nahost: Ist das
schon der Krieg?



13 Pläne zur Zu-
sammenlegung von
Arbeitslosenhilfe
und Sozialhilfe:
Opposition
verzweifelt gesucht



17 Welche Gewerk-
schaften haben
Zukunft?



19 Positionen gegen
die kapitalistische
Weltwirtschaft



Politische Berichte – Zeitschrift für Sozialistische Politik
Ausgabe Nr. 17 am 16. August 2001, Jahrgang 22, Preis 2,50 DM

17
2001

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/2400 94 68, Fax: 030/24 00 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

AKTUELL VOLKSZÄHLUNG. Der Testlauf zum registrierten Zensus läuft an. Das Bundesinnenministerium gab bekannt, dass das „Gesetz zur Vorbereitung eines registrierten Zensus“ zum 3.8. in Kraft getreten ist. Der registrierte Zensus, bei dem auf vorhandene Daten aus Verwaltungsregistern und -dateien zur bundesweiten Erfassung demografischer Daten zurückgegriffen wird, soll in Zukunft die herkömmliche Volkszählung ersetzen. Bis zum 5. Dezember laufen die Tests. Es soll festgestellt werden, wie hoch der Anteil von „Karteileichen“ in den Melderegistern ist. Außerdem werden verschiedene Register abgeglichen. Demografische Daten aus den Melderegistern werden mit Daten zur Erwerbstätigkeit der Bundesanstalt für Arbeit zusammengeführt. Zusätzlich müssen Basisdaten zu Wohnungs- und Gebäudedaten von den Hauseigentümern erfragt und ergänzt werden. Die aus diesen verschiedenen Quellen erhobenen Daten sollen zu einem kombinierten Datensatz zusammengeführt werden. Begründung u.a.: Die Wirtschaft brauche diese Daten von wegen Standortentscheidungen.

EUROPÄISCHE AUFSTANDSPOLIZEI.

In einem Interview mit dem *Tagesspiegel*, Berlin, am 6.8. äußerte sich Bundesinnenminister Otto Schily wie folgt: „Wir sollten deshalb im Kreise der EU-Innenminister über die Polizeiausbildung in Europa beraten. Es ist ja interessant, dass die oft gescholtene deutsche Polizei manchem Genua-Demonstranten geradezu als Sozialpfleger erscheint. Bei der Ausbildung und Vorbereitung der italienischen Polizei auf solche Einsätze ist vielleicht noch einiges verbesserungsfähig. Ich glaube, dass wir hier eine europäische Verantwortung haben. Was schlagen Sie vor? Wir haben bereits eine europäische Polizeiakademie. Man kann darüber nachdenken, den Schutz solcher Konferenzen in Zukunft europäisch zu organisieren, mit entsprechend ausgebildeten Polizeikräften. Gesetzt den Fall, dass sich solche Eskalationen wie in Genua wiederholen. Europäische Blauhelme? Eine Art europäische Polizei-Eingreiftruppe, eine Art riot police. Das könnte ich mir vorstellen.“

Die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke, erklärte dazu: Der Vorschlag zeigt einmal mehr, wie verantwortungslos dieser Minister mit Grundrechten umgeht. Die europäische Polizeieinheit Europol wird bis heute nicht parlamentarisch kontrolliert und hat – vielleicht gerade deshalb – schon jetzt mehr Skandale als Erfolge aufzuweisen. Aus Genua gibt es eine Fülle von Hinweisen sowohl über eine Zusammenarbeit von Teilen der Polizei mit Faschisten als auch über den gezielten Einsatz polizeilich gesteuerter Krawallmacher. In dieser Situation eine europäische Anti-Krawall-Truppe zu fordern, statt erst einmal eine restlose Aufklärung

der im Raum stehenden Vorwürfe gegen die italienische Politik und Polizei abzuwarten, dokumentiert eine Hau-Drauf-Mentalität, die unvereinbar ist mit rechtsstaatlichen Grundsätzen und dem Schutz von Menschenrechten.

„BEWEGUNG“. Die Bundesregierung hat nach einem Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* die Hürden für Rüstungsexporte in die Türkei gesenkt, und sie will entsprechende Exporte generell erleichtern. Das Nürnberger Wehrtechnik-Unternehmen Diehl hatte im Frühjahr geklagt, nachdem sein Antrag auf Ausfuhr von Zündern für Handfeuerwaffen ein Jahr lang im Bundessicherheitsrat „verschleppt“ worden sei, dann aber die Klage zurückgezogen, nachdem das geheime Gremium den Export genehmigt habe, wie es heißt auf Druck des Kanzleramts. Unter der rot-grünen Bundesregierung sind die Rüstungsexporte so hoch wie nie zuvor: 1999 stiegen sie auf 5,9 Mrd. DM, der größte Empfänger ist mit einem Rüstungsexportvolumen von 1,9 Mrd. DM die Türkei. Trotzdem sehen sich die Rüstungskonzerne in ihrer Konkurrenzposition im Türkei-Geschäft beeinträchtigt. In vielen Fällen soll, so die Presse, die Türkei sich nach anderen Rüstungslieferanten umsehen, vor allem aus Israel (s. dazu auch S. 9) oder Korea. Auch im Fall Diehl hatte sich die Türkei, als die Genehmigung kam, bereits anders orientiert. Nach Diehl will dem Vernehmen nach Rheinmetall klagen, weil ein Antrag auf Lieferung von Aufklärungstechnik vom Bundessicherheitsrat abgelehnt worden sei. Allerdings sehen die Rüstungskonzerne in der Freigabe des Zünder-Exportes ein „wichtiges Signal“, dass die Bundesregierung die Wettbewerbsposition für deutsche Rüstungsexporte verbessern wolle. Man habe „Bewegung“ bei der Bundesregierung registriert, verlautet aus den Kreisen der deutschen Rüstungsprofiteure.

SOZIALERHEBUNG. Die 16. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes zeitigte keine Überraschungen. „In Deutschland findet auf dem Weg ins Studium eine soziale Selektion statt“, so die Schlussfolgerungen des DSW aus den Ergebnissen zur sozialen Zusammensetzung und Bildungsbeteiligung der Studierenden. Der familiäre Hintergrund sei nach wie vor entscheidend. Immer mehr Studierende, nämlich 52% gegenüber 36% im Jahr 1985, stammen aus Elternhäusern, in denen zumindest ein Elternteil auch über Hochschulreife verfügt. Der Anteil der Kinder aus Elternhäusern mit Hauptschulabschluss ging in diesem Zeitraum von fast zwei Fünftel auf ein Fünftel zurück. Als kontraproduktiv kritisierte das DSW die immer wieder aufflammende Debatte um die Einführung von Studiengebühren, die gerade Abiturienten aus einkommensschwächeren Familien verunsichere.

Die „Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen“

In der aktuellen Diskussion der BRD wird die Migration überwiegend nicht als weltweiter Prozess begriffen, der internationale Verträge und Vereinbarungen erfordert. Stattdessen bestehen die großen, wirtschaftlich starken Nationalstaaten darauf, die Migration in ihrem Interesse zu bewirtschaften, wobei sie Menschenrecht und -würde der Migrantinnen und Migranten missachten. Inhumane Staatspolitik und faschistischer Terror wirken Hand in Hand. Allerdings gibt es dagegen auch weltweit Opposition. Das zeigt z.B. die *Wanderarbeitnehmerkonvention*, die in der UNO zur Ratifizierung ausliegt und die Wahrung der Menschenwürde der Migrierenden zur Sache der UNO und damit der Weltöffentlichkeit macht. Könnte die BRD-Regierung zur Unterzeichnung eines solchen Dokumentes getrieben werden, folgte gegenüber der UNO eine Berichtspflicht und das heißt gegenüber der Weltöffentlichkeit ein Rechtfertigungszwang. Das wäre ein großer Fortschritt. Kein Wunder, dass die entwickelten Länder mit ihren mächtigen Staaten und ihren unterentwickelten Sitten einen solchen Schritt scheuen.

Die internationale Arbeitsteilung vernetzt und verbindet die Volkswirtschaften der Welt tiefgreifend und unumkehrbar miteinander. Freihandel und Investitionsfreiheit werden von der Politik der großen Mächte weltweit ohne Rücksicht auf die Entwicklungsbedürfnisse anderer Länder durchgesetzt. Wenn Profite, die in einem Land erwirtschaftet werden, ohne jede Bedingung in die Metropolen verschoben werden, dann suchen die Betroffenen dieser Politik ihre Überlebenschancen in den Ländern, die die Nutznießer dieser Verhältnisse sind. Seit der Produktionsfaktor „Kapital“ mit immer weniger Einschränkungen weltweit eingesetzt werden kann, ist es ökonomisch betrachtet folgerichtig, dass auch der Produktionsfaktor „Arbeit“ dazu ergänzend um den Globus wandert.

Auch in der Bundesrepublik werden wieder vermehrt Arbeitnehmer weltweit angeworben, die – teilweise auf Zeit – ihre Arbeitskraft zu Märkte tragen dürfen – solange sie „uns“ nützen. Im Unterschied zu früher sind diesmal hochqualifizierte Menschen gesucht und erwünscht – Armutsflüchtlinge sollen gefälligst draußen bleiben.

Nur ein sehr kleiner Teil der Menschen, die sich – meist gezwungenermaßen – auf die Suche nach besseren Lebensbedingungen begeben, erreicht die hochentwickelten Industriestaaten.

Vielen gelingt es nicht, in dem Land, in dem sie letztendlich bleiben, einen regulären Aufenthaltsstatus zu erlangen. Da-

DOKUMENTIERT (AUSZÜGE) INTERNATIONALE KONVENTION ZUM SCHUTZ DER RECHTE ALLER WANDERARBEITNEHMER UND IHRER FAMILIENANGEHÖRIGEN

Präambel

Die Vertragsstaaten dieser Konvention, – unter Berücksichtigung der Grundsätze, die in den grundlegenden Instrumenten der Vereinten Nationen über die Menschenrechte, insbesondere in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, dem Internationalen Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung, der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und der Konvention über die Rechte des Kindes niedergelegt sind, (...)

– unter Hinweis auf die Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, die Erklärung des Vierten Kongresses der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger, den Verhaltenskodex für Beamte mit Polizeibefugnissen sowie die Übereinkommen über die Sklaverei, – unter Hinweis darauf, dass eines der Ziele der Internationalen Arbeitsorganisation gemäß ihrer Satzung der Schutz der Interessen der im Ausland beschäftigten Arbeitnehmer ist, sowie im Hinblick auf den Sachverstand und die Erfahrung dieser Organisation in Fragen der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen, (...in der Überzeugung, dass die Rechte der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen nicht überall ausreichende Anerkennung gefunden haben und daher einen entsprechenden völkerrechtlichen Schutz benötigen, (...)

– eingedenk dessen, dass die menschlichen Probleme, die bei der Wanderung entstehen, im Falle der irregulären Wanderung noch schwerwiegender sind, und demzufolge in der Überzeugung, dass geeignete Maßnahmen gefördert werden sollten, um heimliche Wanderungen und den Handel mit Wanderarbeitnehmern zu verhüten und zu unterbinden und gleichzeitig den Schutz ihrer grundlegenden Menschenrechte zu gewährleisten,

– in Anbetracht dessen, dass Arbeitnehmer, die nicht über die erforderlichen Dokumente verfügen oder deren Status nicht geregelt ist, häufig unter weniger günstigen Arbeitsbedingungen als andere Arbeitnehmer beschäftigt werden und dass dies gewisse Arbeitgeber dazu veranlasst, sich solche Arbeitskräfte zu be-

sorgen, um sich die Vorteile unlauteren Wettbewerbs zu verschaffen, – sowie in der Erwägung, dass einer Beschäftigung von Wanderarbeitnehmern, deren Status nicht geregelt ist, auch dadurch entgegengewirkt wird, dass die grundlegenden Menschenrechte aller Wanderarbeitnehmer eine weitergehende Anerkennung finden und dass außerdem durch die Gewährung bestimmter zusätzlicher Rechte an diejenigen Wanderarbeitnehmer und ihre Familienangehörigen, deren Status geregelt ist, alle Wanderarbeitnehmer und alle Arbeitgeber ermutigt werden, die Gesetze und Verfahren des betreffenden Staates zu beachten und sich danach zu richten, (...)

haben folgendes vereinbart:

TEIL I – Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen(...)

TEIL II – Nichtdiskriminierung in Bezug auf Rechte (...)

Teil III – Die Menschenrechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (...)

Artikel 8

1. Wanderarbeitnehmern und ihren Familienangehörigen steht es frei, jeden Staat einschließlich ihres Herkunftsstaates zu verlassen. Dieses Recht darf nur eingeschränkt werden, wenn dies gesetzlich vorgesehen und zum Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung (*ordre public*), der öffentlichen Gesundheit, der öffentlichen Sittlichkeit oder der Rechte und Freiheiten anderer notwendig ist und die Einschränkungen mit den übrigen in diesem Teil der Konvention anerkannten Rechten vereinbar sind.

2. Wanderarbeitnehmer und ihre Familienangehörigen haben das Recht, jederzeit in ihren Herkunftsstaat einzureisen und dort zu bleiben. (...)

Artikel 20

1. Die Inhaftnahme von Wanderarbeitnehmern und ihren Familienangehörigen darf nicht nur deshalb erfolgen, weil sie es versäumt haben, eine vertragliche Verpflichtung zu erfüllen.

2. Der Entzug der Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis oder die Ausweisung darf nicht nur deshalb erfolgen, weil sie es versäumt haben, eine Verpflichtung aus dem Arbeitsvertrag zu erfüllen, es sei denn, die Erfüllung dieser Verpflichtung ist eine Voraussetzung für die Erteilung der Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis. (...)

Artikel 22

1. Wanderarbeitnehmer und ihre Familienangehörigen dürfen keinen Maßnah-

men der kollektiven Ausweisung unterworfen werden. Jeder Ausweisungsfall ist einzeln zu prüfen und zu entscheiden. ...

8. Im Falle der Ausweisung eines Wanderarbeitnehmers oder eines seiner Familienangehörigen hat der Betroffene die Ausweisungskosten nicht zu tragen. Es kann von dem Betroffenen verlangt werden, dass er seine Reisekosten bezahlt.

9. Die Ausweisung aus dem Beschäftigungsstaat allein darf sich nicht nachteilig auf die Ansprüche auswirken, die ein Wanderarbeitnehmer oder einer seiner Familienangehörigen nach den Rechtsvorschriften dieses Staates erworben hat, einschließlich des Anspruches auf Erhalt des Lohns und der sonstigen Leistungen, die ihm zustehen.

Artikel 23

Wanderarbeitnehmer und ihre Familienangehörigen haben das Recht, den Schutz und Beistand der konsularischen und diplomatischen Behörden ihres Herkunftsstaates oder eines die Interessen dieses Staates vertretenden Staates in Anspruch zu nehmen, wenn die in dieser Konvention anerkannten Rechte beeinträchtigt werden. Insbesondere im Falle der Ausweisung ist der Betroffene unverzüglich über dieses Recht zu unterrichten, und die Behörden des ausweisenden Staates haben die Ausübung dieses Rechtes zu erleichtern.

Artikel 25

1. Wanderarbeitnehmern ist eine Behandlung zu gewähren, die nicht weniger günstig sein darf als die für die Staatsangehörigen des Beschäftigungsstaates vorgesehene Behandlung in Bezug auf das Arbeitsentgelt und:

a) andere Arbeitsbedingungen, das heißt Überstunden, Arbeitszeit, wöchentliche Ruhezeiten, bezahlter Jahresurlaub, Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz, die Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses und alle anderen Arbeitsbedingungen, die nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten unter diesen Begriff fallen;

b) andere Beschäftigungsbedingungen, das heißt das Mindestbeschäftigungsalter, die Einschränkung der Heimarbeit und alle anderen Fragen, die nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten als Beschäftigungsbedingungen gelten.

2. Es ist nicht zulässig, in privaten Arbeitsverträgen von dem in Absatz 1 genannten Grundsatz der Gleichbehandlung abzuweichen.

3. Die Vertragsstaaten haben alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Wanderarbeitnehmer wegen der Irregularität ihres Aufenthalts oder ihrer Beschäftigung keines der sich aus diesem Grundsatz ergebenden Rechte verlieren. Insbesondere darf eine solche Irregularität die Arbeitgeber nicht irgendwelcher rechtlicher oder vertraglicher Verpflichtungen entheben, noch irgendeine Einschränkung dieser Verpflichtungen zur Folge haben. (...)

Artikel 27

1. Wanderarbeitnehmer und ihre Familienangehörigen genießen im Beschäftigungsstaat in Bezug auf die soziale Sicherheit die gleiche Behandlung wie die Staatsangehörigen dieses Staates, soweit sie die nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften dieses Staates und den anzuwendenden zweiseitigen oder mehrseitigen Verträgen erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Die zuständigen Behörden des Herkunftsstaates und des Beschäftigungsstaates können jederzeit die erforderlichen Vorkehrungen treffen, um die Einzelheiten der Anwendung dieser Norm festzulegen.

2. Wenn Wanderarbeitnehmer und ihre Familienangehörigen nach den geltenden Rechtsvorschriften eine Leistung nicht erhalten können, prüfen die betreffenden Staaten die Möglichkeit, den Betroffenen die Beiträge in der für diese Leistung entrichteten Höhe zu erstatten, unter Zugrundelegung der Behandlung, die den eigenen Staatsangehörigen gewährt wird, die sich in einer ähnlichen Lage befinden.

Artikel 28

Wanderarbeitnehmer und ihre Familienangehörigen haben das Recht, jede ärztliche Versorgung, die für die Erhaltung ihres Lebens oder die Vermeidung einer nicht wiedergutzumachenden Schädigung ihrer Gesundheit dringend erforderlich ist, auf der Grundlage der Gleichbehandlung mit den Staatsangehörigen des betreffenden Staates zu erhalten. Diese dringende ärztliche Versorgung darf ihnen wegen einer etwaigen Irregularität in Bezug auf Aufenthalt oder Beschäftigung nicht verweigert werden. (...)

Artikel 30

Alle Kinder von Wanderarbeitnehmern haben auf der Grundlage der Gleichbehandlung mit den Staatsangehörigen des betreffenden Staates das grundlegende Recht auf Zugang zur Bildung. Der Zugang zu öffentlichen Vorschuleinrichtungen oder Schulen darf wegen des nicht geregelten Status eines Elternteils in Bezug auf Aufenthalt oder Beschäftigung oder wegen der Irregularität des Aufenthalts des Kindes im Beschäftigungsstaat nicht verweigert oder eingeschränkt werden. (...)

Artikel 32

Bei Beendigung ihres Aufenthalts im Beschäftigungsstaat haben Wanderarbeitnehmer und ihre Familienangehörigen das Recht, ihre Einkünfte und Ersparnisse zu überweisen und, entsprechend den anwendbaren Rechtsvorschriften der betreffenden Staaten, ihre persönliche Habe und persönlichen Gegenstände mitzunehmen. (...)

TEIL IV – Sonstige Rechte von Wanderarbeitnehmern und ihren Familienangehörigen, die über die erforderlichen Dokumente verfügen oder deren Status geregelt ist

TEIL V – Für besondere Gruppen von Wanderarbeitnehmern und deren Familienangehörige geltende Bestimmungen

TEIL VI – Förderung vernünftiger, gerechter, humaner und rechtmäßiger Bedingungen im Zusammenhang mit der internationalen Wanderung von Wanderarbeitnehmern und ihren Familienangehörigen

TEIL VII – Anwendung der Konvention

Artikel 72

1. a) Zur Überprüfung der Anwendung dieser Konvention wird ein Ausschuss zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (im folgenden als „Ausschuss“ bezeichnet) eingesetzt. (...)

Artikel 73

1. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Prüfung durch den Ausschuss einen Bericht über die zur Anwendung der Konvention getroffenen Gesetzgebungs-, Gerichts-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen vorzulegen, und zwar a) innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Konvention für den betreffenden Vertragsstaat und

b) danach alle fünf Jahre sowie auf Anforderung des Ausschusses.

2. In den nach diesem Artikel vorgelegten Berichten ist auf etwa bestehende Umstände und Schwierigkeiten hinzuweisen, die die Durchführung der Konvention behindern, und sind Angaben über die Merkmale der Wanderungsbewegungen zu übermitteln, von denen der jeweilige Vertragsstaat betroffen ist.

3. Der Ausschuss beschließt alle weiteren Richtlinien, die für den Inhalt der Berichte gelten.

4. Die Vertragsstaaten sorgen für die weitestverbreitete Verbreitung ihrer Berichte in der Öffentlichkeit in ihrem eigenen Land.

...

TEIL VIII – Allgemeine Bestimmungen(...)

Artikel 83

Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich:

a) dafür Sorge zu tragen, dass jeder, der in seinen in dieser Konvention anerkannten Rechten oder Freiheiten verletzt worden ist, das Recht hat, eine wirksame Beschwerde einzulegen, selbst wenn die Verletzung von Personen begangen worden ist, die in amtlicher Eigenschaft gehandelt haben;

b) dafür Sorge zu tragen, dass jeder, der eine solche Beschwerde einlegt, diese Beschwerde durch das zuständige Gerichts-, Verwaltungs- oder Gesetzgebungsorgan oder durch eine andere nach dem Rechtssystem des Staates vorgesehene zuständige Stelle prüfen und darüber entscheiden lassen kann, und den gerichtlichen Rechtsschutz auszubauen;

c) dafür Sorge zu tragen, dass die zuständigen Stellen Beschwerden, denen stattgegeben wurde, Geltung verschaffen.

Artikel 84

Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, die gesetzgeberischen und sonstigen Maßnahmen zu treffen, die zur Durchführung der Bestimmungen dieser Konvention erforderlich sind.

Teil IX – Schlußbestimmungen (...)

durch sind sie oft rechtlos, sie werden vielfach ausgenutzt und ausgebeutet. Dies schadet auch der Gesellschaft des Aufnahmelandes. Wie mit solchen „Illegalen“ umgegangen wird, hängt meist von rein nationalen Erwägungen im Aufnahmeland ab – das Herkunftsland hat in der Regel keinerlei Einflussmöglichkeiten.

Die Vereinten Nationen haben bereits in den siebziger Jahren begonnen, sich mit diesen Problemen zu befassen. Im Dezember 1979 beschloss die UN, eine Arbeitsgruppe dazu einzurichten. Im Dezember 1990 verabschiedete die Generalversammlung die „Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen“, die u.a. eine Reihe wichtiger Rechte festhält, die auch „Wanderarbeitnehmern mit ungeregeltem Status“ zukommen. Diese Konvention definiert (analog dem Welthandelsabkommen) weltweite Mindeststandards für den Umgang mit dem Phänomen „Wanderung“. Sie tritt in Kraft, sobald sie von 20 Staaten ratifiziert wurde. Diese Bedingung ist im Mai 2001, also über 10 Jah-

sung bleiben die Ansprüche auf Erhalt des Lohnes oder sonstiger Leistungen erhalten. Heute ist es so, dass illegal Beschäftigte, die ausgewiesen werden, oft sogar noch um alle bisher erworbenen Lohnansprüche betrogen werden.

Eine Vielzahl weiterer Rechte und Ansprüche werden in den mehr als 90 Artikeln der Konvention festgelegt, alle gehen von der Grundlage der Gleichbehandlung mit den Staatsangehörigen des Beschäftigungsstaates aus. Auch ist das Schicksal und die Behandlung der Wanderarbeitnehmer damit nicht mehr ins Belieben der Zielstaaten gelegt, die Betroffenen selbst und die Herkunftsstaaten hätten Einfluss- und Klagemöglichkeiten vor einem internationalen Gremium. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass bisher nur sehr wenige Staaten der Konvention beigetreten sind – und noch kein einziger Industriestaat.

Natürlich sind in dieser Konvention nicht alle Problembereiche gelöst. Für Flüchtlinge und Staatenlose gilt sie zum Beispiel nicht. Dennoch ergeben sich viele konkrete Anhaltspunkte für Forderungen an die Bundesregierung im Bereich

Einwanderungsgesetz

Schily opfert Menschenrechte dem Konsens mit der Union

Ulla Jelpke

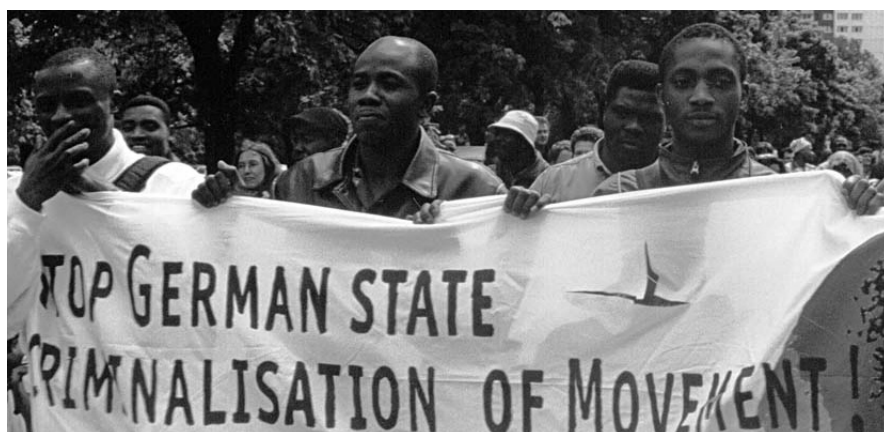
Am vorletzten Freitag hat Bundesinnenminister Otto Schily den Referentenentwurf für ein neues „Zuwanderungsgesetz“ vorgestellt. Das rund 250 Seiten dicke Konvolut enthält zunächst zwei neue Gesetze, die vor allem an die Stelle des bisherigen Ausländergesetzes treten sollen: Ein Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz) und ein Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern. Außerdem sollen das Asylverfahrensgesetz, das Asylbewerberleistungsgesetz und zahlreiche andere Vorschriften geändert werden.

Nach der ersten Lektüre des Entwurfs muss man feststellen: Der Weisung seines Kanzlers, mit der Union um jeden Preis einen Kompromiss auszuhandeln, ist Otto Schily brav gefolgt. Den von der Süsmuth-Kommission angemahnten Paradigmenwechsel in der Einwanderungspolitik bleibt der Minister dagegen schuldig. Sein Konzept ist weiterhin der Auswahl nach Nützlichkeit für die Wirtschaft und der polizeirechtlichen Gefahrenabwehr verhaftet.

Was Otto Schily im Bereich der Arbeitseinwanderung vorschlägt, ist nichts anderes als ein schlechter Neuaufguss der alten Gastarbeiterpolitik unseligen Andenkens. Einwandern darf nur, wer als „nützlich“ ausgewählt ist. Dabei soll es zwei Modelle geben:

- Über einen Einwanderungsantrag sollen im Standardverfahren die Arbeitsämter entscheiden. Grundlage der Entscheidung soll „eine Gesamtschau der regionalen Arbeitsmarktlage und der sonstigen Rahmenbedingungen“ (z.B. des Wohnungsangebots in der jeweiligen Region) sein. Wer auf diese Weise eine Einwanderungsmöglichkeit erhält, bekommt zunächst eine befristete Aufenthaltserlaubnis.
- Für die Zuwanderung besonders „qualifizierter Erwerbspersonen, von denen ein Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland erwartet wird“, soll es daneben eine Auswahl durch ein Punktesystem im Rahmen einer jährlichen Quote geben. Beide Auswahlverfahren sind alles andere als offen und nachvollziehbar, differenzieren Menschen in „erwünschte“ und „unerwünschte“, verweigern ihnen das Recht auf Freizügigkeit und führen die alte Gastarbeiter- und Abschottungspolitik fast unverändert fort. Die Ermessenswillkür aus dem bisherigen Ausländerrecht wird unter anderem Etikett fortgeführt.

Beim Familiennachzug will Schily so-



re später, immer noch nicht erfüllt. Bisher sind nur 16 Staaten der Konvention beigetreten, 10 weitere haben sie immerhin schon unterzeichnet. Es handelt sich dabei durchgehend um Entwicklungsländer, das wirtschaftlich stärkste Land, das der Konvention beitrug, ist wohl Mexiko. Kein einziger Beschäftigungsstaat ist dieser Konvention beigetreten, es handelt sich durchweg um Herkunftsstaaten der Wanderarbeitnehmer.

Welche Auswirkungen hätte ein Beitritt der Bundesrepublik zu dieser Konvention? Besonders für sogenannte „Illegalen“ ergäben sich eine Reihe von Verbesserungen. Im Artikel 28 ist z.B. festgelegt, dass auch sie ein Recht haben, jede dringende ärztliche Versorgung zu erhalten, und zwar auf der Grundlage der Gleichbehandlung mit den Staatsangehörigen des betreffenden Staates. Im Artikel 30 ist festgehalten, dass alle Kinder das grundlegende Recht auf Zugang zur Bildung haben, und zwar wieder auf der Grundlage der Gleichbehandlung. D.h. auch Kinder von „Illegalen“ hätten das Recht auf einen Kindergartenplatz und den Schulbesuch. Im Fall einer Auswei-

der Sozial- und Innenpolitik.

Die PDS fordert seit längerem, dass die Bundesrepublik der Konvention beitreten soll, und hat dazu eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt. Ein Beitritt, den die rot/grüne Mehrheit im Parlament mit einfacher Mehrheit beschließen könnte, hätte weitreichenden Einfluss auch auf innerstaatliche Gesetze und Regelungen. SPD und Grüne haben jedoch erklärt, die Konvention nicht ratifizieren zu wollen, und zwar aus drei Gründen: Erstens hätten auch alle anderen OECD-Staaten die Konvention nicht unterschrieben, zweitens sei ein Teil der geforderten Rechte in bundesdeutschem Recht ja bereits enthalten, und drittens gingen alle darüber hinaus gehenden Forderungen zu weit.

Brigitte Wolf

Staaten, die der Konvention beigetreten sind: Aserbeidschan, Bolivien, Bosnien-Herzegowina, Kap Verde, Kolumbien, Ägypten, Ghana, Guinea, Mexiko, Marokko, Philippinen, Senegal, Seychellen, Sri Lanka, Uganda, Uruguay. **Staaten, die die Konvention unterzeichnet haben:** Bangladesch, Chile, Komoren, Guatemala, Guinea-Bissau, Paraguay, Sao Tome, Sierre Leone, Tadschikistan, Turkmenistan – Stand: 18. Mai 2001

gar bestehende Regelungen noch schärfer fassen. Hier soll künftig gelten: Im Regelfall sollen Kinder zu ihren hier lebenden Eltern nur bis zum Alter von 12 Jahren nachziehen können; wenn sie älter sind, hängt neuerdings der Schutz der Familie von den Sprachkenntnissen der Kinder ab. Das Recht auf Familienleben und der Schutz der Familie soll für Flüchtlinge und MigrantInnen weiterhin nicht gelten. Schily blockiert damit auch erneut alle Versuche der EU-Kommission, auf europäischer Ebene eine humanere Gestaltung des Familiennachzugs zu erreichen.

Beim Flüchtlingsschutz blockt das Bundesinnenministerium ebenfalls weiter jede Verbesserung ab und führt neue Schikanen ein. Nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung sollen auch in Zukunft nicht zur Flüchtlingsanerkennung führen. Eine Härtefallregelung, die von vielen gefordert worden war, soll es nicht geben. Stattdessen wird die Verantwortung anderen übergestülpt: Ausnahmsweise soll ein Mensch nicht abgeschoben werden, wenn „internationale Organisationen“, vor allem Kirchen, sämtliche Kosten für seine Versorgung übernehmen. Der Schutz bedrohter Menschen wird damit „privatisiert“, zu Lasten engagierter Personen stiehlt sich der Staat aus der Verantwortung.

Beim einjährigen Arbeitsverbot für Asylsuchende soll es bleiben; die Sozialleistungen sollen für die gesamte Dauer des Anerkennungsverfahrens unterhalb des Existenzminimums verharren. Die „Residenzpflicht“ wird nicht abgeschafft, sondern noch verschärft. Für anerkannte Asylberechtigte soll es erst einmal nur ein befristetes Bleiberecht geben.

Wer vor dem Hintergrund eines solchen Kataloges von Scheußlichkeiten die Reaktionen auf den Schily-Entwurf ansieht, reibt sich verwundert die Augen: Lob und Preis allerorten. Die Union mäkelte zwar, dass das neue Gesetz immer noch nicht restriktiv genug sei, jedoch schütteten fast alle anderen Parteien über Schily Komplimente aus. Nur die PDS hat in ihren Stellungnahmen den Entwurf als Abkehr von einer menschenrechtlichen Politik scharf kritisiert. Jetzt muss Druck von unten kommen. Flüchtlings- und Migrantenorganisationen müssen den Referentenentwurf so schnell wie möglich analysieren und ihre scharfe Kritik vernehmlich äußern. Sonst tritt zum 1.1.2003, also nach den kommenden Bundestagswahlen, ein neues Ausländerrecht in Kraft, das in vielen Bereichen noch schlechter ist als das bestehende.



Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein

... „Der Entwurf fällt an entscheidenden Stellen hinter die Vorschläge der Zuwanderungskommission unter Vorsitz von Frau Süßmuth zurück“, beklagt die bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL, Frankfurt.

Nicht nur, dass der Bundesinnenminister mit der Beschränkung des Nachzugsalters für Kinder unter 12 Jahre „propagandistisch schlichte Integrationstheorien“ bedient (PRO ASYL) und mit seinen Vorschlägen zur Beschränkung des „kleinen Asyls“ gegen die Genfer Flüchtlingskonvention verstößt. Auch die Hoffnungen von Kirchen, Verbänden und Menschenrechtsorganisationen – selbst die seines Kieler Ressortkollegen – auf Schutz für nichtstaatlich Verfolgte, auf eine Härtefallregelung im Ausländergesetz oder auf eine Schlussstrichregelung für gerichtsanhängige „Asylaltfälle“ will Otto Schily demnach weiterhin nicht erfüllen.

Statt dessen soll die Duldung ersatzlos gestrichen werden. Gleichzeitig kommen Aufenthaltstitel nur in Betracht, wenn laut BMI „die Ausreise in einen anderen Staat nicht möglich und zumutbar ist“.

„Eine solche Regelung würde die Mehrheit der ‚Geduldeten‘ in die Illegalität treiben“, befürchtet Martin Link, Geschäftsführer des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein.

Bundesweit haben gegenwärtig ca. 250.000 Personen eine Duldung. In der überwiegenden Zahl haben sie zwar kein Asyl erhalten, jedoch glaubwürdige – allerdings von den Verwaltungen nicht geteilte – Furcht vor Verfolgung oder Überlebensnot im Heimatland. Diese lassen sie vor einer Rückkehr ins Herkunftsland zurückschrecken.

Der Entzug der Duldung bedeutet gleichzeitig den Entzug von Unterkunft, öffentlicher Versorgung und Gesundheitshilfen. Die Betroffenen würden – wie schon ca. eine halbe Million Menschen, die in Deutschland ohne formales Aufenthaltsrecht sind – in die Illegalität und ins Überleben in der Schattenwelt getrieben ... (3.8.2001)

Bundesausländerbeirat, Wiesbaden:

... Der Entwurf ist der Öffentlichkeit in Originalfassung nicht bekannt. Wir dürfen lediglich über die Werbung von Herrn Schily für seinen Gesetzentwurf reden. Wir wissen, dass der Teufel bei einem Gesetzentwurf im Detail steckt. Wir haben mit den anderen Gesetzentwürfen des Innenministeriums, wie dem zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, auch schlechte Erfahrungen gemacht. Die Süßmuth-Kommission (unabhängige Zuwanderungskommission) hat zu Recht festgestellt, dass mit dem heute geltenden Ausländergesetz keine vernünftige Integration geleistet werden kann. Nach den Aussagen des Herrn

Innenministers ist es nicht ersichtlich, inwieweit und für welchen Personenkreis dieses Gesetz weiterhin in Kraft bleibt. Nach heutiger Regelung ist der Kindernachzug bis zum 16. Lebensjahr möglich. Künftig soll ein Anspruch auf Nachzug bis zum 18. Lebensjahr generell bei Einreise im Familienverband vorgesehen werden. Bei der Einreise außerhalb des Familienverbandes soll ein Anspruch auf Nachzug bis zum 12. Lebensjahr bestehen. Darüber hinaus soll auch ein Nachzug nach Ermessen sein. Diese Regelung hat mit der angekündigten übersichtlichen Regelung nichts zu tun. Es ist auch nicht verständlich, warum die Bundesrepublik Deutschland eine Rechtsharmonisierung auf europäischer Ebene scheut und einen nationalen Alleingang startet. Hier sollte dem Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur Familienzusammenführung gefolgt werden und das Kindesnachzugsalter bei mindestens 18 Jahren liegen.



Dass auch ein nach Art. 16a GG anerkannter Asylbewerber künftig nur eine befristete Aufenthaltsgenehmigung bekommen soll, ist inakzeptabel. Auch nach heute geltendem Recht existiert die Möglichkeit, in begründeten Einzelfällen die Anerkennung als Asylbewerber zurückzunehmen. Eine Ausnahmeprüfung zur Regel zu machen, widerspricht dem Schutzgeist des Grundgesetzes für politisch Verfolgte. Zu Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung werden keine Erwägungen angestellt. Sie sind in der Regel Familienväter und -mütter. Die Kirchen haben dafür plädiert, diese Menschen zu legalisieren, wie es in Frankreich oder Belgien geschehen ist.

Wo sind die guten Vorschläge der Süßmuth-Kommission, zum Beispiel zur Verbesserung des Staatsbürgerschaftsrechts, geblieben?

(Mehmet Kilic, Vorsitzender des Bundesausländerbeirats, 3.8.)

Wehrpflicht im Gerede

Aus der SPD, genannt wird u.a. die stellv. Bundesvorsitzende Renate Schmidt, Bayern, kommt die jüngste Forderung nach Wegfall der Wehrpflicht und Einführung einer Berufsarmee. Ebenfalls aus der SPD, hier v.a. durch Rudolf Scharping, Verteidigungsminister, wird diese Forderung allerdings auch zurückgewiesen. Wie schaut es bei den anderen Parteien aus? Die FDP fordert die Umstellung auf Berufssoldaten schon lange. Die Grünen fassten einen dementsprechenden Parteitagebeschluss im vorigen Juni. Die Union hält allerdings, trotz einiger kritischer Stimmen, an der Wehrpflicht fest.

Die PDS hingegen spricht sich seit ihrer Gründung für die Aufhebung aller Zwangsdienste aus. Sie steht darin seit dem Wegfall der Grünen allein. Denn, um es vorweg und deutlich zu sagen, das Recht des Staates, Zwangsdienste einzufordern, wird von den anderen Partei nicht bzw. nicht mehr (Die Grünen) bestritten.

Im Hintergrund der Debatte gibt es zwei vor den höchsten Gerichten der BRD und der EU zugelassene Klagen. Da ist einmal die Aussetzung eines Strafverfahrens gegen einen Totalverweigerer, die das Landgericht Potsdam bereits 1999 dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt hatte. Das Gericht hielt, lt. eigener Pressemitteilung vom 4.6.99, angesichts der veränderten militärischen und geopolitischen Lage den Fortbestand der allgemeinen Wehrpflicht für einen nicht mehr verhältnismäßigen Grundrechtseingriff. Nach Ansicht der Kammer könne dem Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes in mindestens ebenso geeigneter, den Einzelnen in seinen Grundrechten aber nicht belastenden Weise durch Einführung einer Freiwilligenarmee Rechnung getragen werden.

Zum anderen liegt vor dem Europäischen Gerichtshof (Eu GH) eine Klage aus der BRD, die in der Tatsache, dass in Deutschland nur Männer Wehr- und Zivildienst leisten müssen, einen Verstoß gegen europäisches Recht sieht.

Darüber hinaus erwartet die Fachwelt mit den laut Scharpings Strukturplan weiter sinkenden Zahlen tatsächlich Eingezogener weitere, aussichtsreiche Klagen.

Die Bundeswehr indessen und mit ihr die Überzahl der politischen Wehrfachleute will die allgemeine Dienstpflicht nicht missen. Eine Reihe von Argumenten ergibt sich aus dem Problemkreis Rekrutierung. Bei gleichbleibenden Bedarf ist es immer angenehm, wenn die Armee sich ihre Leute suchen kann. Steigt der Bedarf, lässt sich die Zahl der Gezogenen ohne Aufhebens erweitern. Soll das Heer zu einer großen Aufgabe „aufwachsen“, gibt es eine erhebliche Zahl von Menschen, die aus dem Zivilleben zur Pflicht gerufen werden können und den militärischen Betrieb gewöhnt sind. Schließlich führt die

Einforderung der Wehrpflicht von der jungen Generation dazu, dass die Parteien den Wehrgedanken in der Öffentlichkeit offensiv vertreten müssen.

Damit kommen wir zu einer zweiten Reihe von Argumenten, die die Brauchbarkeit der Armee im Einsatz betreffen.

Für die Aufgaben einer Interventionsarmee ist auf den ersten Blick ein Korps aus Berufsmäßigen besser geeignet. Längere Trainingszeiten ermöglichen höher technisierten Einsatz und entsprechen dem Konzept der drückenden technischen Überlegenheit, das sich im Jugoslawienkrieg bewährte. Andererseits zeigt eben dieses Beispiel, dass auf die Intervention die Besatzung folgt, und für den Personalbedarf einer Besatzungsmacht ist eine Wehrpflichtarmee besser geeignet.

Die deutsche militärische Lage hat sich seit 1980 nämlich nicht nur einmal, sondern zweimal gewendet, mit dem Zerfall des Warschauer Paktes fiel der Grund für die frontnahe Aufstellung von Truppenmassen weg. Aber nachdem Jugoslawien erst durch Waffengewalt gewendet werden konnte, ist offensichtlich, dass die neuen Verhältnisse prekär sind und jederzeit einer Intervention oder auch Besatzung bedürfen können. Schon für die Durchführung eindrucksvoller, die gute Nachbarschaft unterstreichender Manöver etwa in Tschechien oder Polen braucht es große Truppenmassen, zumal diese Länder Wehrpflichtarmeen führen.

Die Zeichen stehen also nur auf den ersten Blick in Richtung Umrüstung der BW auf Freiwilligenarmee, und die Anhänger der allgemeinen Wehr/Dienstpflicht weichen auch keineswegs zurück.

So will der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) die Wehrpflicht durch eine „allgemeine Dienstpflicht“ ersetzen. Die Gerechtigkeit würde dann dadurch hergestellt, dass alle die jungen Männer, die die Bundeswehr nicht will, zu einem Zivildienst herangezogen werden könnten. Eine hübsche Idee, wäre doch damit auch das Problem mit den Verweigerern aus der Welt. Sie wären als Ausgemusterte zu betrachten.

Der Erfindungsgeist Kochs hat Entsprechungen bei der Sozialdemokratie. Niedersachsens Innenminister Heiner Bartling (SPD) hat neuerlich die Einführung eines sozialen Pflichtjahres für Frauen und Männer gefordert. „Ich meine, dass es durchaus positiv für die Entwicklung eines jungen Menschen sein kann, wenn er einmal auch für die Gesellschaft etwas Verpflichtendes tut“, sagte er dem Deutschen Depeschendienst.

Bei der jetzt angestoßenen Diskussion geht es also keineswegs um den Rückbau staatlicher Zwangsdienste, sondern um deren Ausbau. Es ist wohl klar, dass ein staatlicher Zwangsdienst nicht ohne Befehl, Gehorsam, Disziplin, Strafe gedacht wird und schließlich auch einer Armee – aus Freiwilligen oder Verpflichteten – entlastend zur Seite steht.

maf

Der Nahe Osten nach dem Selbstmordattentat von Jerusalem – Israelische Friedensbewegung Gush Shalom: „Die Besatzung tötet uns alle.“

Ist das schon der Krieg?

Die Zahl der Toten, die bei dem Anschlag in einem Schnellrestaurant („Sbarro“) in Jerusalem am 9. August ums Leben kamen, hat sich mittlerweile (10. August) auf 19 erhöht. Darunter befinden sich auch einige Kinder. Der Selbstmordanschlag, zu dem sich die radikale Palästinenserorganisation Islamu Dschihad (Heiliger Krieg) bekannt hat, ist der schwerste seit dem furchterlichen Attentat vor der Diskothek in Tel Aviv am 1. Juni. Damals starben 21 Jugendliche. Auch wenn in der Folgezeit unter starkem internationalen Druck ein Waffenstillstand zwischen Israel und den Palästinensern ausgehandelt wurde – er wurde am 13. Juni unterzeichnet –, gingen die gewaltsamen Auseinandersetzungen beinahe unvermindert weiter. Auf palästinensischer Seite häuften sich die Akte individuellen Terrors gegen beliebige militärische und zivile Ziele, die israelische Seite übte sich überwiegend in Akte gezielter Hinrichtungen angeblicher oder „potenzieller“ Terroristen sowie in Angriffen auf palästinensische Polizeistationen im Gazastreifen und in der Westbank. Beide Seiten berufen sich in ihren todbringenden Aktionen auf „historisches Recht“, auf das „Recht“ auf „Vergeltung“, auf das „Recht“, sich gegen den Terror der jeweils anderen Seiten mit Waffengewalt schützen zu dürfen. Dabei ist nie genau auszumachen gewesen, welche Mordtat die Aktion und welche die Reaktion war. Nach dem Gesetz der Rache gebiert jede Tat eine neue Tat.

Viele Israelis warten auf den finalen Vergeltungsschlag

Seit Wochen hält sich in Israel und in den Palästinensergebieten das Gerücht, Ministerpräsident Scharon bereite sich auf einen großen militärischen Schlag gegen die Autonomiebehörde vor. Die ultrarechten Kräfte in Israel fordern geradezu einen finalen Vernichtungsschlag gegen Arafat, den man nach wie vor als Drahtzieher und Verursacher jeglicher Gewalt gegen Israel ansieht. Und Hamas, „Heiliger Krieg“ und andere radikale Palästinensergruppen, deren Arm bis in die Fatah-Organisation von Arafat hinein reicht, handeln bereits so, als befänden sie sich mitten im Krieg. Dabei verletzen sie mit ihren willkürlichen Anschlägen auf unschuldige zivile Opfer selbst alle Regeln des „humanitären Kriegsrechts“. Es ist ein vollkommen aus den Fugen geratener, entgrenzter Gewaltkonflikt, der sich schon seit langem aus seiner eigenen

Gewaltspirale speist.

Hass und Verblendung sind die am weitesten verbreiteten und gefährlichsten Regungen der Eiferer auf beiden Seiten. „Tod den Arabern“ rufen die einen, „Tod den Israelis“ die anderen. Das Gefährliche an der Situation ist, dass der Ruf der Israelis auf offene Ohren im israelischen Kabinett stößt und dass der nach wie vor eher mäßigende Palästinenserpräsident Arafat auf immer weniger Rückhalt in der von ihm vertretenen Bevölkerung in den besetzten Gebieten rechnen kann. Ähnlich dürfte es Außenminister Peres im israelischen Kabinett gehen. Der Friedensnobelpreisträger kritisierte in den letzten Wochen nur noch leise und selten die militärisch bestimmte Linie Sharons. Nach dem verheerenden Anschlag auf die Pizzeria wurde er im Fernsehen nach den Zukunftsaussichten gefragt. Seine Antwort ist ein Musterbeispiel für seinen Zustand innerer Zerrissenheit: „Hoffnung und Realismus schließen sich nicht gegenseitig aus: Ich hoffe, dass es bald Frieden geben wird, und realisiere, dass das wahrscheinlich nicht möglich ist.“ (Zit. n. netzeitung, 10.08.2001)

Über eines konnte man sich – auch in Israel – klar sein: Die staatliche Politik der „Vergeltungsschläge“ und der Liquidationen hat schon immer unerwünschte, heftige Reaktionen der Gegenseite hervorgerufen. In Erinnerung ist beispielsweise die palästinensische Reaktion auf die Ermordung des Hamas-Aktivisten Jemie Ajasch vor fünf Jahren. Der mutmaßliche Terrorist und „Bomben-Ingenieur“ Ajasch wurde vom israelischen Geheimdienst nach allen Regeln der Kunst in die Luft gesprengt. Innerhalb von nur zehn Tagen erfolgten daraufhin zwei Selbstmordattentate auf eine Jerusalemer Buslinie – nicht weit von der Pizzeria „Sbarro“ entfernt – sowie ein Sprengstoffanschlag vor dem Dizengoff-Zentrum in Tel Aviv. Insgesamt 60 Israelis, vorwiegend Zivilisten, waren dabei ums Leben gekommen. Der Jerusalemer Bürgermeister mochte daran gedacht haben, als er nach dem gestrigen Anschlag auf die Pizzeria vor Racheakten warnte und feststellte: „Es gibt Terroranschläge, die nicht verhindert werden können.“ (Zit. n. FAZ, 10.08.2001)

(...)

Einen Tag nach dem Terroranschlag in Jerusalem reagiert (Sharon) wie gehabt: Im Westjordanland zerstörte die Luftwaffe das Hauptquartier der palästinensischen Polizei in Ramallah; vor der Stadt Jenin fuhren Panzer auf; über Bethlehem kreisten Hubschrauber und am Grenzübergang Karni im Gazastreifen zerstörten israelische Panzer einen Polizeistützpunkt der Palästinenser. Als schicksalsschwerste „Vergeltungs“-Maßnahme dürfte sich aber die Schließung des Büros der Palästinensischen Autonomiebehörde in Jerusalem herausstellen. Bereits in der Nacht zum 10. August besetzte israelische Polizei das so genannte „Orient-Haus“, das auch als Sitz der PLO



Verletzte des Selbsttötungsattentats werden geborgen (oben). Israelische Kampfflugzeuge zerstörten eine Polizeistation in Ramallah (unten).

in Jerusalem dient. Nach der Besetzung beschlagnahmte sie zahlreiche Akten und – der Gipfel der Provokation – hisste auf dem Gebäude die israelische Fahne. Diese Aktion mag überraschend gekommen sein, sie war aber nach Einschätzung der Experten von langer Hand vorbereitet. Es ist der Beginn einer Entwicklung, von der die Israelis in der letzten Zeit immer häufiger gesprochen haben: Die palästinensische Autonomiebehörde sollte in ihrem Zentrum getroffen, vielleicht sogar völlig ausgeschaltet werden, und Arafat und seine Leute würden wieder dahin geschickt, wo sie her kämen: ins Exil. Das Orient-Haus ist für die Palästinenser mit so vielen bedeutungsschweren Symbolen behaftet, dass dessen Verlust einer Kriegserklärung gleich kommt.

Entsprechend reagierten in Jerusalem auch jene arabischen und israelischen Kräfte, denen am Frieden gelegen ist. Dutzende Friedensaktivisten, Palästinenser und linksgerichtete Israelis haben am Nachmittag des 10. August versucht, das Orient-Haus zu besetzen. Die französische Nachrichtengeneratur AFP meldete, dass unter den sechs Demonstranten, die bei der Aktion festgenommen wurden, auch Deutsche gewesen seien. Die Tagesschau der ARD sprach von etwa 100 Demonstranten und zeigte Bilder von selbst gemalten Plakaten und Transparenten: „Beendet die Besetzung“, „Unterdrückung bringt Wut hervor“, „Kein Frieden ohne Ende der terroristischen Besetzung“, waren einige davon. Zu Demonstrationen kam es auch in anderen palästinensischen Städten (z.B. Ramallah, Nablus).

Erklärung der israelischen Friedensbewegung Gush Shalom

In einer Stellungnahme des zur Zeit aktivsten Teils der israelischen Friedensbewegung, des Friedensblocks Gush Shalom, vom 9. August heißt es:

„Nach dem terroristischen Anschlag in Jerusalem fordert Gush Shalom einmal mehr internationale Beobachter. Der Kreislauf von Rache, Vergeltung und Präventivschlägen, die ihrerseits gerächt werden müssen, kann vielleicht noch gestoppt werden, bevor die ganze Region in Flammen aufgeht.

Der Selbstmordanschlag heute hat auf eine schmerzliche und schreckliche Art unter Beweis gestellt, dass die Politik der Gewalt fehlgeschlagen ist. Es hat sich – für alle sichtbar – herausgestellt, dass die Serie von „Liquidationen“, die von der israelischen Regierung in den letzten Wochen durchgeführt wurde, dem Terrorismus kein Ende gesetzt haben. Im Gegenteil: Diese Hinrichtungen haben vielmehr die Enttäuschung und den Hass der palästinensischen Seite weiter gestärkt. Noch härtere Gewaltaktionen, welche die Sharon-Regierung heute wahrscheinlich beschließen wird, werden dasselbe Resultat haben und die Spirale des Blutvergießens wird sich weiter drehen und immer mehr Opfer fordern. Die Besetzung tötet uns alle: Die israelische Besetzung der Westbank und des Gazastreifens ist die Hauptursache von Gewalt und Hass. Solange die Besetzung bestehen bleibt, wird das Blutvergießen weitergehen und zunehmen.

Gush Shalom rufen die Vereinigten Staaten und die anderen ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats auf, ihre abwartende Haltung, deren Preis Menschenleben sind, aufzugeben und unverzüglich eine internationale Beobachtermission in die besetzten Gebiete zu schicken, um einen Waffenstillstand durchzusetzen. Das ist der einzige Weg die Eskalation zu stoppen und einen totalen Krieg zu verhindern, der die ganze Region in Brand setzen würde.“

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Pst (Aus Platzgründen gekürzt).

Quelle: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/Welcome.html>



Rund 10000 Israelis demonstrierten am 4.8. gegen die israelische Politik der „Liquidation“ und für ein Ende der Besetzung



Da sie in der katalonischen Hauptstadt Barcelona, Spanien, keine Unterkunft fanden, lebten rund hundert Flüchtlinge aus Schwarzafrika sechs Monate lang in einem selbst errichteten Camp auf der Straße. Am Montag, den 6. August, wurden sie von der Polizei vertrieben – wohin?

Furchtbare Irrfahrt im türkischen Grenzsumpf

Dies wurde jetzt bekannt: Die türkische Republik zwang am 7. Juli mehr als 250 afrikanische Flüchtlinge, eine Erklärung zu unterzeichnen, derzufolge sie illegal aus Griechenland in die Türkei eingereist seien. Anschließend wurden die Flüchtlinge in drei Gruppen aufgeteilt und mit Bussen in die Stadt Ipsala an der Grenze zu Griechenland transportiert. Die türkische Gendarmerie befahl ihnen, nach Griechenland zu marschieren, und drohte, dass erschossen werden, wer zurückkomme. Die Flüchtlinge mussten den Grenzfluss Evros überqueren, der auf griechischer Seite seit dem 2. Weltkrieg vermint ist. Immer wieder werden dort griechischen Presseberichten zufolge Menschen auf der Flucht zerrissen. Die drei Flüchtlingsgruppen wurden auf griechischer Seite von der Polizei in Empfang genommen und am Vormittag des 16. 7. mit kleinen Booten zurück in die Türkei geschafft. Wer dort von der türkischen Gendarmerie aufgegriffen wurde, musste zurück nach Griechenland, zurück in die Türkei und noch mal und noch mal ..., eine Woche lang wurden die Flüchtlinge hin- und her gejagt. Mindestens zwei Menschen verloren dabei ihr Leben. Eine Frau starb später in einem Istanbuler Krankenhaus an Erschöpfung. 50 Flüchtlinge sind vermisst. Das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge hat inzwischen bestätigt, dass die Türkei am 7. Juli bei einer Razzia mehr als 800 Flüchtlinge festgenommen hat, darunter auch die Afrikaner. Berichte der Zurückgekehrten, wonach sie von Mitgliedern der türkischen Gendarmerie beraubt, misshandelt und vergewaltigt wurden, bezeichnete das UNO-Flüchtlingswerk als besonders

alarmierend. Die in die Türkei schließlich Zurückgekehrten haben keine Papiere mehr, denn sie wurden ihnen am 7. 7. abgenommen. Sie sitzen in der Falle. Die meisten Flüchtlinge wollten über die Türkei nach Westeuropa. Für den 17. August rufen Flüchtlingsorganisationen zu einer Demonstration in Berlin vor dem türkischen Generalkonsulat auf.

Österreich: Ausrichtung der östlichen Beitrittskandidaten

Zum zweiten Mal fand in Österreich Ende Juli ein Treffen des österreichischen Innenministers mit den Innenministern der Beitrittsländer Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Slowakei statt, das sog. „Forum Salzburg“. Das Treffen beschloss die verstärkte polizeiliche Zusammenarbeit in den Grenzregionen. Tatsächlich geht es darum, dass die Festungsmauern weiter nach Osten verschoben werden und den Beitrittskandidaten die Last auferlegt wird, diese Mauern zu bewachen. Eine Folge ist, wie der polnische Innenminister geltend machte, dass sich die politischen Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine verschlechtern, wenn Polen wie verlangt ein scharfes Grenzregime errichtet. Der slowenische Innenminister beklagte, dass sein Land die EU-Außengrenze „gegenüber dem restlichen Balkan“ sichern müsse, was dem Land schwere Lasten aufbürde. Die österreichische Antwort: Man müsse die Idee einer supranationalen EU-Grenzpolizei ernstlich ins Auge fassen.

UNO-Rassismuskonferenz: Keine Verurteilung der Sklaverei?

Die afrikanischen Staaten bestehen darauf, dass die westlichen Staaten bei der

Ende August in Durban, Südafrika, beginnenden Rassismuskonferenz der UNO die verheerenden Auswirkungen der Sklaverei für Afrika anerkennen. Sie fordern, dass die westlichen Staaten anerkennen, dass viele der derzeitigen Probleme der afrikanischen Länder auf die Auswirkungen der Sklaverei zurückzuführen sind. Dies müsse in der Erklärung der Konferenz festgehalten werden. Die USA haben bereits erklärt, dass sie nicht bereit sind, einer solchen Erklärung zuzustimmen. Sie drohten gar damit, der Konferenz fernzubleiben, wenn die Textpassagen zur Sklaverei nicht geändert und Forderungen nach einer Entschuldigung und nach Zahlung von Kompensationen nicht entfernt werden.

Israel rüstet die Türkei auf

Bei einem Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Sharon in der Türkei Anfang August stand die militärische Zusammenarbeit im Mittelpunkt. Seit 1996 haben die beiden Länder zahlreiche Militärabkommen geschlossen. Im letzten Juni führten z.B. israelische, US-amerikanische und türkische Kampfflugzeuge Manöver über der türkischen Stadt Konya durch. Beim Sharon-Besuch ging es zunächst um die Aufrüstung der Panzertruppe: Die Türkei hat sich entschieden, keine neuen Leopard-Panzer in Deutschland zu kaufen, hieß es in der Presse, sondern stattdessen 1000 Panzer vom Typ M-60 von Israel modernisieren zu lassen. Die Modernisierung bezahlt die Türkei mit dem Verkauf von Süßwasser aus dem türkischen Fluss Manavgat an Israel. Außerdem ging es um den Verkauf eines israelischen Aufklärungssatelliten an die Türkei. Nachdem Frankreich das Massaker an den Armeniern als Genozid



Türkische Greenpeace-Aktivistinnen demonstrieren am Hiroshima-Tag vor dem US-Militärstützpunkt Incirlik

anerkannt hatte, hatte die Türkei den Kauf eines französischen Aufklärungssatelliten storniert. Dritte Projekt ist ein gemeinsames türkisch-israelisches Raketenabwehrsystem, das, so die Presse, sich vor allem gegen den Iran wende. Israel ist interessiert, die Türkei in das gemeinsam mit den USA entwickelte Abwehrsystem „Arrow 2“ einzubeziehen. Längst kann man von einer amerikanisch-türkisch-israelischen Militärdominanz in der Region sprechen.

Zusammenstellung: scc

MANNHEIM. Im Juli demonstrierten etwa 20 Flüchtlinge – überwiegend Asylbewerber aus dem Iran und aus benachbarten Ländern – vor dem Sozialamt Mannheim und übergaben eine Liste mit ca. 200 Unterschriften für folgende Forderungen: „Erhöhung des Taschengeldes (bisher 80 DM pro Monat); Abschaffung von Lebensmittelpaketen und weitere Einkaufsmöglichkeiten (210 DM pro Monat nach einem Punktesystem, nur in einem Laden besteht eine Einkaufsmöglichkeit); mehr und freundlicheres Personal in der Beratung und für die Unterstützung von Flüchtlingen; Mitbestimmung der Betroffenen bei der Zuteilung von Kleidung.“ Die Flüchtlinge machten im Gespräch deutlich, dass sie das System der zugeordneten Lebensmittelpaketen, mit dem man nur in einem Geschäft der Diakonie mit geringer Auswahl kaufen kann, als inhuman und rassistisch ansehen. Die Zuteilung der Bekleidung erfolgt ohne große Rücksicht auf den persönlichen Geschmack, das Bedürfnis und die Größe. Die Art der Lebensmittel und der Bekleidung geht an den kulturellen und individuellen Bedürfnissen der Flüchtlinge vorbei. KIM, scr



OB und Stadtverwaltung diktieren eine konservative Flüchtlingspolitik

KÖLN. Vor einem Jahr hat der Rat der Stadt Köln nach engagierter Diskussion eine Verwaltungsvorlage über ein neues Flüchtlings- und Beratungskonzept verworfen. Eine Mehrheit im Rat wollte kein Verfahren, das Flüchtlinge auf dem schnellsten Wege in ein Asylverfahren drängt und damit in der Regel zumeist in eine ausweglose Situation bringt. Die betroffenen Personen würden wahrscheinlich dann auch Köln verlassen müssen und über ein bundeseinheitliches Verteilungssystem in andere Gemeinden abgeschoben werden. Die große Mehrheit im Rat war für eine detaillierte Beratung im Herbst dieses Jahres. Mit einer Dringlichkeitsentscheidung haben OB und Stadtverwaltung jetzt doch ein solches Konzept durchgesetzt. „Eine Dringlichkeitsentscheidung schaltet den Rat jetzt faktisch aus. Das ist undemokratisch“, erklärt Ratsmitglied Jörg Detjen (PDS) dazu. In der Dringlichkeitsentscheidung sei zwar auch eine unabhängige Beratung durch einen freien Träger vorgesehen. Diese Beratung spiele aber eine untergeordnete Rolle. „Eine unabhängige, qualifizierte Beratung und Betreuung von Flüchtlingen kann man nicht mit 120.000 DM im Jahr bewältigen. Die Freien Träger dürfen nicht das fünfte Rad am Wagen sein. Nur sie garantieren uns eine vorurteilsfreie Vertretung der Interessen der Flüchtlinge“, so das Ratsmitglied Detjen. lbk

Flüchtlingsbetreuer kritisieren die Hamburger Ausländerbehörde

HAMBURG. ÄrztInnen, AnwältInnen, PädagogInnen und FlüchtlingsberaterInnen von über 10 Organisationen und Initiativen veröffentlichten auf einer Pressekonzferenz im Juli eine gemeinsame Stellungnahme, in der der Ausländerbehörde Willkür, Falschinformation und inhumane Behandlung von Flüchtlingen sowie Rechtsbeugung und Rechtsverweigerung vorgeworfen wird. Dies habe noch

zugenommen, seitdem für MigrantInnen mit festem Aufenthaltsstatus die Bezirksämter zuständig sind und nur noch Flüchtlinge mit unsicherem Status in die Amsinckstraße müssen. Dass die SachbearbeiterInnen der Ausländerbehörde ihre Aufgabe fast ausschließlich darin sehen, Flüchtlinge abzuweisen und abzuschieben, wird am Beispiel von 15 Flüchtlingsschicksalen belegt. – Die Betreuer der Flüchtlinge fordern die Absetzung des Einwohnerzentralamtsleiters Ralph Bornhöft als Verantwortlichen für die menschenrechtswidrige Praxis der Ausländerbehörde, die Auflösung der Abschiebeabteilung, die Dezentralisierung der Ausländerbehörde und die Zuständigkeit der Bezirksämter für alle Flüchtlinge. lbh, bab

Bremer DGB ruft zu Protesten am 1. September – Antikriegstag – auf

BREMEN. In vielen Städten führt die Friedensbewegung Kundgebungen und Infostände am Antikriegstag durch. Nicht oft ist der Deutsche Gewerkschaftsbund so engagiert dabei wie in Bremen. In seinem Aufruf für Bremen heißt es: „Auf der Antikriegstags-Kundgebung am 1. September 2001 in Bremen wollen wir gegen

den drohenden Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien Stellung beziehen. Im Grundgesetz wurde als eindeutige Konsequenz aus dem deutschen Faschismus das Verbot eines Angriffskriegs festgelegt. Auch in der UN-Charta ist ein allgemeines Gewaltverbot verankert. Dennoch beteiligte sich Deutschland vor zwei Jahren im Rahmen der NATO am Krieg gegen Jugoslawien... Eine weitere Selbstmandatierung der NATO und damit die erneute Aushebelung der Vereinten Nationen muss verhindert werden. Es steht zu befürchten, dass beim Eingriff der NATO ein erneuter Krieg droht, der zur weiteren Destabilisierung des Balkans mit unabsehbaren Konsequenzen führen kann. Anlässlich des Antikriegstages 2001 fordern wir die Bundesregierung auf, sich gegen eine deutsche militärische Beteiligung in Mazedonien und für eine Konfliktvermittlung unter Federführung der UNO einzusetzen.“ Rund um den 1. September finden zahlreiche Veranstaltungen statt: am 30. August eine Kunstaktion und Mahnwache; am 31. August eine Aktion der gewerkschaftlichen Arbeits- und Erwerbslosengruppen gegen die zunehmende Zusammenarbeit von Bundeswehr und Arbeitsamt; die UNICEF-Gruppe Bremen stellt ihre Anti-Kleinwaffen-Kampagne vor und Henryk Hauffe (Poznan) erinnert an sein Leben als Zwangsarbeiter in Bremen in den Jahren 1942-45; am 1. September Kundgebung des DGB und Bremer Friedensforums, danach Mahnwache gegen Waffenexporte über bremische Häfen anlässlich des „Hafenfests“, anschließend Diskussionsveranstaltung „Für welche Sicherheit? Die neue Bundeswehr: Angriffssarmee nach außen und Kooperationspartner von Krankenhäusern und Firmen im Innern“, am Abend Konzert zum Antikriegstag „Musik für die Einheit der Völker“. Abgeschlossen werden die Aktionen durch eine VVN-Veranstaltung am 9. September, Tag des Erinnerns, Mahnens und Gedenkens an die Opfer von Faschismus und Krieg. www.dgb-bremen.de Weitere Berichte zum 1. September 2001 im Internet: www.friedenskooperative.de



30.9.: Zivile Inspektion des Atomwaffenstützpunktes Büchel/Südeifel

BÜCHEL. Am 30. September wollen Friedensgruppen gegen die Lagerung von Atombomben im Eifelort Büchel und die Übungsflüge deutscher Tornado-Piloten mit Atombomben protestieren. Die Bundesregierung will nichts daran ändern, obwohl der Internationale Gerichtshof (IGH) 1996 die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen für generell völkerrechtswidrig erklärt hat. Seit dem Spruch des IGH fanden „zivile Inspektionen“ von Atomwaffen in Belgien, Holland, Schottland und Deutschland statt, an denen sich auch Prominente (Minister, SchriftstellerInnen) beteiligten. Diese Aktionen bestanden darin, unerlaubt militärisches Gelände zu betreten, also einen Akt des Zivilen Ungehorsams zu leisten, um so mit besonderem Nachdruck gegen die Atomwaffenlagerung zu protestieren. Zu einer solchen Aktion rufen die Friedensgruppen auf: „Am 30.9. werden wir, begleitet von einem vielfältigen Rahmenprogramm, den erneuten Versuch einer zivilen Inspektion in Büchel durchführen. Die Teilnahme an der Inspektion kann als Straftat (Hausfriedensbruch) verfolgt werden. Für den gesamten Aktionstag ist jede Unterstützung wichtig, sowohl in der Vorbereitung als auch vor Ort im Vorfeld der Aktion (28.-30.9.). Wir brauchen Ihre und Deine Hilfe, damit die Aktion noch effektiver wird. Es werden europaweit (Niederlande, Belgien u.a.) gleichzeitig Aktionen stattfinden.“ www.dfg-vk.de/aktionen

I.G.-Farben-Aktionäre tagen am 17. September in der Stadthalle Bergen

FRANKFURT A.M. Die I.G. Farben AG in Abwicklung wird ihre diesjährige Hauptversammlung am 17.9. abhalten. Veranstaltungsort ist wie in den vergangenen Jahren die öffentliche Stadthalle Bergen im abgelegenen Frankfurter Stadtteil Bergen-Enkheim. Das bundesweite Bündnis gegen I.G. Farben bereitet erneut Proteste gegen die Versammlung vor, um die sofortige Auflösung des einstigen Nazikonzerns und die Entschädigung seiner früheren Zwangsarbeiter zu erreichen. Vorausgegangen war ein Rechtsstreit des Unternehmens mit der Stadt Frankfurt a.M. um die Vermietung von Räumen. Das Frankfurter Verwaltungsgericht hatte die Stadt verpflichtet, Räume bereitzustellen. Private Veranstaltungsräume stehen der I.G. Farben schon seit Jahren nicht mehr zur Verfügung, weil sich alle Frankfurter Hotels weigern, die Aktionäre des ehemaligen Nazi-Konzerns zu empfangen. Daran habe sich auch in diesem Jahr nichts geändert, bestätigte der Anwalt der Auflösungsgesellschaft.

Die von der ordentlichen Hauptversammlung 1999 beschlossene firmeneigene Stiftung zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangs-

arbeiter wurde bislang nicht gegründet. Der Anwalt der I.G. Farben begründet dies mit fehlenden behördlichen Genehmigungen. Das beschlossene Stiftungskapital von drei Millionen Mark könne das Unternehmen „angesichts der Liquiditätslage“ nicht aufbringen. Bislang seien nur 500.000 Mark „auf einem Anderkonto“ zurück gestellt worden.

An die so genannte Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft hat die I.G. Farben AG „wegen rechtlicher Bedenken“ keinen Beitrag überwiesen, sagte ihr Anwalt dem Dachverband. Solche Zahlungen seien nur für „werbende Unternehmen“ zulässig.

www.kritischeaktionaeere.de

Lebenspartnerschaftsgesetz umstritten

MÜNCHEN. Das Bundesverfassungsgericht nahm weder die Verfassungsbeschwerde noch den Eilantrag von 26 homosexuellen Paaren aus Bayern zur Entscheidung an. Laut Spruch des BVerfG am 9. August begeht Bayern „noch keine evidente Pflichtverletzung“, wenn der Freistaat das am 1. August in Kraft getretene Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) erst im Herbst in Landesrecht umsetzt. Volker Kern und Peter Köhler, die bayerischen Sprecher des Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD), sind enttäuscht, aber zuversichtlich. „Einen Erfolg haben wir immerhin erreicht: Weil das Gericht – durchaus ein ungewöhnlicher Schritt, der für eine gewisse Sympathie für unser Anliegen spricht – die Staatsregierung aufgefordert hat, ihre Planungen für die Umsetzung des LPartG darzulegen, musste München seine Blockadehaltung lockern. Statt zum Jahresende soll das Landesgesetz jetzt bis Ende Oktober verabschiedet sein und das ist für viele ein tragbarer Kompromiss, leider nicht für alle. Vor allem binationale Paare, bei denen die Frage der Abschiebung des ausländischen Partners im Raum steht, kann die Regelung nicht befriedigen ... Wir werden im Herbst weitermachen, wenn das Gesetz der Staatsregierung in Kraft treten soll und wenn es darum geht, den zweiten Teil des Partnerschaftsgesetzes einzufordern, in dem Steuerregelungen und weitere wichtige Bestimmungen enthalten sind.“

bayern.lsvd.de und www.lsvd.de

Proteste gegen die Beteiligung von Berlusconi beim CSU-Parteitag

MÜNCHEN. Am 12. Oktober findet der Parteitag der CSU in Nürnberg statt. Dazu wird auch der italienische Ministerpräsident Berlusconi eingeladen. Die Gruppen RSB München und Linksruck München rufen zu Protesten auf. Mit ihrem Aufruf suchen sie weitere Unterstützer-

gruppen: „Berlusconis Anwesenheit während des Parteitags hat aus der Sicht der CSU den Zweck, vor dem Wahljahr den Kurs der CSU noch weiter nach rechts zu drücken ... Gerade nach der Ermordung von Carlo Giuliani und den massiven Menschenrechtsverletzungen durch den italienischen Staat während der Proteste gegen die G8 in Genua kommt diese Einladung einer Drohung gegen alle, die gegen eine Welt des Rassismus und Sozialabbau protestieren wollen, gleich. Wir rufen zu einem Protest- und Mobilisierungsbündnis gegen den Stoiber-Berlusconi-Parteitag der CSU auf.“ www.nadir.org/nadir/aktuell
Kontakt E-Mail: LordofPeace@gmx.de



Vierzigster Jahrestag des Mauerbaus vom Berliner Wahlkampf überlagert

BERLIN. Die von der CDU/CSU am 12. August organisierte Wahlkampfveranstaltung am Checkpoint-Charlie wurde von den Rednern Merkel, Stoiber und Steffel zu harten Attacken gegen die SPD und natürlich auch gegen die PDS genutzt. Die aus dem Bundesgebiet herangeschafften 3.000 Anhänger lieferten den Rednern eine willfährige Kulisse für den Lagerwahlkampf. Genereller Vorwurf: Die SPD wolle mit der PDS paktieren, was nach Meinung Angela Merkels „ein Verrat an den Idealen der Politik“ sei. Der Kandidat der CDU für den Regierenden Bürgermeister in Berlin, Frank Steffel, warf der SPD vor, mit ihrem Zugehen auf die PDS die innere Einheit zu verhindern. Um das Zusammenwachsen zu vollenden, müsse eine Regierungsbeteiligung der PDS verhindert werden.

Steffel machte jedenfalls auch in dieser Woche in grotesker Weise auf sich aufmerksam, als er sein „ostdeutsches Beratungsgremium“ für seinen Wahlkampf vorstellte, dem das ehemalige Mitglied des Politbüros der SED Günter Schabowski angehört. Schabowski, der im obersten Gremium der SED für Agitation zuständig war, soll nun unter den Ostdeutschen Stimmen für Steffel sammeln gehen. Originalton Schabowski: „Man darf sich von der Beredsamkeit eines Gregor Gysi nicht täuschen lassen.“ Und Steffel: „Ich habe Herrn Schabowski, der mir von den Bürgerrechtlern empfohlen wurde, als jemanden kennengelernt, der sich unglaublich einbringen kann.“ – Recht hat er der Mann: Schabowskis Zettel öffnete die Mauer! abe

Mahnwache der Gewerkschaft Transnet am Potsdamer Platz

BERLIN. „Mehdorn und Bodewig – Die Totengräber der Bahn.“ Unter dieser Losung protestieren Eisenbahner gegen die von der Schließung bedrohten Betriebe der Deutschen Bahn AG vor dem Hochhaus auf dem Potsdamer Platz, in dem die Konzernleitung ihren Sitz hat (Mehdorn sitzt mit seiner Direktion im Sony-Center, das die Bahn jeden Monat 1,3 Mio. DM Miete kostet). Die Mahnwache der Gewerkschaft der Eisenbahner Transnet richtet sich gegen die beabsichtigte Vernichtung von 6.000 Arbeitsplätzen in acht großen Instandsetzungsbetrieben in ganz Deutschland – diesmal ohne Unterschied zwischen Ost und West. So ist auch die Mahnwache gemeinsamer Protest von Leuten aus Bayern, Sachsen und anderswo. Ihr vornehmlichstes Ziel ist die Sammlung von Unterschriften aus der Bevölkerung, die der Konzernleitung überreicht werden sollen. Diese reagiert abweisend: Die Auslastung der Werke betrage gegenwärtig nur 50 Prozent und die Schließung sei beschlossene Sache – bis Ende 2003. Die Gewerkschafter verweisen in diesem Zusammenhang auf den fehlenden politischen Willen der Bundesregierung, die zu wenig tue, um mehr Transportgüter auf die Bahn zu bringen. Minister Bodewig verhalte sich passiv und überlasse der Konzernleitung die Entscheidung. *abe*

Weiterer Kahlschlag in der Wissenschaft im Osten Deutschlands

BERLIN. Ehemalige Geistes- und Sozialwissenschaftler der DDR, die zum Mittelbau an den Universitäten gehören, verlieren ihre Arbeitsplätze in den eigens für sie geschaffenen sieben geisteswissenschaftlichen Forschungszentren. Nach Aussagen des Politikwissenschaftlers Ulrich van der Heyden, Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin, werden sie nach und nach aus diesen Zentren verdrängt und durch Westkollegen ersetzt. Da sie inzwischen nicht mehr zu den „Jungen“ gehören, fallen sie aus bestimmten Fördermöglichkeiten heraus. Eine Initiative der Betroffenen fordert nun von der Politik und Wissenschaft die Schaffung eines Rettungsprogramms, in das die betroffenen 200 Wissenschaftler integriert werden sollen. Die Initiative fordert ebenfalls die Einführung einer „Ostquote“. Heyden konstatiert, dass mit der Zerschlagung der Ostwissenschaft auch die Reformideen bundesdeutscher Wissenschaftler eigentlich ad acta gelegt werden können. *abe*

Zugabfertiger wegen antisemitischer Äußerungen fristlos entlassen

BERLIN. Die S-Bahn GmbH hat erstmals einen Mitarbeiter wegen Antisemitismus fristlos entlassen. Der Mann soll vor wenigen Wochen während seines Dienstes

einen Fahrgast als „Judensau“ beschimpft haben. Das Arbeitsgericht wies überraschend schnell die Klage des betroffenen Zugabfertigers ab. Revision wird nicht zugelassen. Die S-Bahn-GmbH gehört zu den ganz wenigen öffentlichen und privaten Betrieben in der Stadt, die von ihren rund 4.700 Mitarbeitern seit einem Jahr verlangt, „im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit Rassismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenzutreten“. Dies gelte für „unberechtigte Vorwürfe, Vorurteile, Pauschalurteile, Tätlichkeiten... sowie alle Erscheinungsformen rassistischen oder antisemitischen Inhalts“. In der Betriebsvereinbarung legten Arbeitgeber und Arbeitnehmer fest, dass bei Verstößen gegen die „Gleichbehandlungsgrundsätze“ Abmahnungen oder Kündigungen ausgesprochen werden. Safer Cinar, ausländerpolitischer Sprecher des DGB, schätzt, dass nicht einmal ein Dutzend Unternehmen in der Bundesrepublik ähnlich reagieren.

Mit Mustervereinbarungen will der DGB im Herbst eine Diskussion in Gang setzen. www.berlinonline.de/wissen/berliner_zeitung/archiv/2001/0727/lokales



Dem Stammtisch Paroli bieten Antrag der Grünen – rosa Liste

MÜNCHEN. Am 7. August brachte die grüne Fraktion den folgenden Antrag im Münchner Stadtrat ein: „1. Das Personal- und Organisationsreferat, die Volkshochschule München sowie das Pädagogische Institut des Schulreferates veranstalten regelmäßig Argumentationstrainings gegen rassistische und sexistische Parolen. 2. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft soll im Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt und den Wirtschaftsverbänden Kurse für sog. Konfliktlotsen initiieren.“ In der Begründung heißt es u.a.: „Wer weiß schon, wie er richtig reagieren soll, wenn in seiner Umgebung, sei es in der U-Bahn, am Arbeitsplatz oder in der Kneipe, rechtsextreme Sprüche geklopft werden. In einer öffentlichen Situation schnell einen Weg zu finden, um rassistischen oder sexistischen Sprüchen Paroli zu bieten, ist gar nicht so einfach. Doch genau hier wäre der erste Schritt, um die Verbreiter von Stammtischparolen in ihre Schranken zu weisen. Seit Jahren gibt es „Argumentationstrainings gegen rassistische und sexistische Parolen ... Auch in München sollten diese Kurse angeboten werden. Nähere Informationen sind zu entnehmen: SZ vom 31.3./1.4. Bildung und Beruf V1/25; www.konfliktmanagement.de oder Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen, Wochenschau Verlag 2000.“

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Gegen Ausgrenzung. KÖLN. Gegen die gesetzliche Ausgrenzung von Menschen, die nicht Bürger(innen) der EU sind, beim Bürgerbegehren gegen die Privatisierung der GAG und damit der städtischen Wohnungen wendet sich die Kölner DKP. Nach geltendem Recht werden lediglich die Stimmen Kommunalwahlberechtigter gezählt, das heißt Deutscher oder Bürger(innen) eines EU-Landes. „Die DKP wird niemanden aufgrund seiner Staatsangehörigkeit davon abhalten, sich mit seiner Unterschrift ... zu beteiligen. Im Gegenteil! Selbst wenn diese Unterschriften letztlich ... für ungültig erklärt werden, so rufen wir ... dennoch ausnahmslos alle Kölner zur Teilnahme auf – denn der Privatisierungswahn der Ratsmehrheit und die daraus resultierenden Folgen treffen jeden“, erklärt die Partei in einer Pressemitteilung.

lbk, tri

NPD Deckert will OB werden. NÜRNBERG. Der frühere Vorsitzende der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), Günter Deckert, kandidiert für das Amt des Nürnberger Oberbürgermeisters. Er hatte bis vor einem Jahr eine Haftstrafe wegen Volksverhetzung verbüßt. Deckert werde bei der Wahl am 3. März 2002 für die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ antreten, teilte die Wählergruppe am 8. August mit. Deckert hatte Mitte der 90er Jahre an der Spitze der NPD gestanden. In Zusammenhang mit finanziellen Ungereimtheiten während dieser Zeit hat er sich inzwischen mit der NPD-Führung überworfen. Ursprünglich war er Lehrer. Ende der 80er Jahre wurde er aus dem Schuldienst entlassen. Derzeit studiert der 61-Jährige an der Universität Heidelberg Jura. *Newsbote 9.8.2001*

Dramatischer Einbruch bei der Gewerbesteuer. BERLIN. Nach einem Minus von 2,9 Prozent im 1. Quartal haben die westdeutschen Städte einen Rückgang ihres Gewerbesteueraufkommens im 2. Quartal um durchschnittlich 15,6 Prozent gemeldet. Im 1. Halbjahr 2001 sank das Gewerbesteueraufkommen damit in den westdeutschen Städten gegenüber dem Vorjahr um 9,6 Prozent, in den ostdeutschen Städten sogar um 17,5 Prozent. Maßgeblich sind nach Angaben des Städtetages vor allem massive Reduzierungen der Gewerbesteuervorauszahlungen für das laufende Jahr und rückwirkend für das Jahr 2000. Vielfach müssen die Städte sogar bereits geleistete Gewerbesteuerzahlungen an die Unternehmen zurückzahlen. Wie erwartet schwach sind auch die Abschlusszahlungen für das Jahr 1999, das in diesem Jahr schwerpunktmäßig veranlagt wird. „Verantwortlich dafür sind die vielfältigen gesetzgeberischen Eingriffe in die Substanz der Gewerbesteuer in dieser und vergangenen Legislaturperioden. Das ist gerade für die Städte eine exis-

tenzbedrohende Entwicklung, weil sie Hauptstandorte der Wirtschaft sind.“
www.staedtetag.de

Kommunale Finanzreform nicht aufschiebbar. ESSEN. Die vom Kämmerer verhängte Haushaltssperre darf nach Ansicht der PDS-Gruppe im Rat nicht zu weiteren Kürzungen bei den sozialen Leistungen der Stadt führen. Die erwarteten Mindereinnahmen von 70 Mio. DM bei der Gewerbesteuer zeigen, wie richtig die Erhöhung der Gewerbesteuer-Hebesätze und die personelle Verstärkung des Prüfdienstes für die Gewerbesteuer schon in diesem Jahr gewesen wäre. Es ist nach Ansicht der PDS nicht hinnehmbar, dass Bundeskanzler Schröder die in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung enthaltene Zusage, die Finanzkraft der Gemeinden durch eine Finanzreform zu stärken, für diese Legislaturperiode zurückgenommen hat. Die PDS hält eine Reform der Kommunalfinanzen für unaufschiebbar. Das sollte auch der Essener Stadtrat in seiner nächsten Sitzung deutlich machen. www.pds-essen-im-rat.de



PDS kritisiert Hausdurchsuchung. HANNOVER. Dr. Ulrich Wolf, PDS-Rats Herr und Kandidat für die Kommunalwahlen am 9.9.2001, verurteilt die Hausdurchsuchung bei der Iserhagener Bürgerinitiative gegen die Müllverbrennung. Bei ihm verstärkte sich der Eindruck, so Wolf, dass die Stadt Hannover, auf deren Betreiben die Hausdurchsuchung stattgefunden habe, offensichtlich einiges zu verbergen habe, was die Hintergründe um den geplanten Müllöfen betreffe. Die PDS Hannover lehnt diese Ablage weiterhin als überflüssig und umweltschädlich ab. Der für den Abfallwirtschaftsbetrieb zuständige grüne Umweltdezernent und grüne Regionspräsidentenkandidat Mönninghoff habe mit dieser Aktion wohl dokumentieren wollen, wie er sich den künftigen Dialog mit den Bürgerinitiativen vorstelle, so Wolf. www.pds-hannover.de

Zusammenstellung: baf

Pläne zur Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe

Opposition verzweifelt gesucht!

Aus: quer, überregionale und unabhängige Zeitschrift für Erwerbslose, August 2001. quer erscheint zweimonatlich und kann gegen DM 25,- pro Jahr abonniert werden bei: quer, Postfach 1363, 26003 Oldenburg

Zur allenthalben bekundeten sozialpolitischen Lieblings-Reformidee ist eine „Zusammenlegung“ von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe aufgestiegen. Gleichzeitig wird der Gang gegenüber Sozialhilfeberechtigten verschärft.

quer berichtete laufend: zuletzt über Sozialamtspraktiken in Köln, Aachen, Bremen, Essen und Neuss; und über Politikerbeiträge zur Arbeitslosenhilfe-Sozialhilfe-Zusammenlegung à la SCHARPING, LAUMANN, MERZ und SCHOMMER.

Es ist an der Zeit, sich das aus diesen „Einzelteilen“ abzeichnende Muster genauer anzusehen. Geht es um Vorwahlkampf-Rhetorik oder ist ein Großangriff auf die Standards von Sozialleistungs- und Arbeitsrecht geplant? Und wo, bitte, bleibt die Opposition?

Unisono verkünden Politik und Wirtschaft seit langem, nur den „wirklich Bedürftigen“ solle geholfen, dem „Ausruhen in der Hängematte“ ein Ende gemacht, der Vorrang von Arbeit vor Sozialleistungen durchgesetzt, „unattraktive Jobs“ durch Änderungen in sozialen Sicherungssystemen „attraktiv“ gemacht werden und was der markigen Sprüche mehr sind.

Doch ein Rückblick auf die Einschnitte ins Sozialleistungssystem der letzten zehn Jahre zeigt, dass zwar an vielen Stellen schmerzhaft zum Nachteil von Erwerbslosen und Armen herumgekürzt worden ist, im Prinzip jedoch alles beim Alten geblieben ist (Asylbewerberleistungsgesetz und Rente ausgenommen). Die Salami-Taktik, mal hier drei Prozent zu streichen, mal dort eine Bezugsdauer zu verkürzen oder eine Personengruppe aus dem Leistungsbezug auszuschließen, ließ den Kern der Arbeitslosenhilfe und der Hilfe zum Lebensunterhalt, bestehende Rechtsansprüche und Rechtsmittel weithin unangetastet.

Nach der Bundestagswahl, so heißt es, soll das anders werden: Sowohl Arbeitslosenhilfe als auch Sozialhilfe sollen – als Schutz vor Billigstjobs – endgültig kippen.

Einig sind sich CDU/CSU/FDP/Grüne/SPD über alle Parteigrenzen hinweg, dass erstens alle Arbeitsfähigen gefälligst arbeiten sollen und zweitens dabei überhaupt nicht interessiert, ob es genug freie Jobs mit existenzsichernden Einkommen zu geltenden gesetzlichen oder tariflichen Standards gibt – Hauptsache Arbeit.

Wohl gemerkt: derzeit sind noch keine konkreten Planungen bekannt, noch gibt es keine öffentlich gewordenen (zumin-

dest keine aus den Schreibtisch-Schubladen von Regierungsbeamten, Referenten oder Fraktionen nach außen gedrun-gen) Entwürfe, wie die allseits in Rede stehende Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe denn vonstat-ten gehen könnte. Aber es gibt mehr als deutliche Anzeichen, dass ernstlich etwas „im Busch“ ist – und zwar schon in der nächsten Legislaturperiode.

Die Regierungsseite packt ihre diesbezüglichen Überlegungen meist noch in nebulöse Prosa („Hilfpläne“, „Fallmanagement“, neudeutsch: „casemanagement“, „Aktivierung“ ...). Nur manchmal werden die Zielvorgaben einer nächsten Wahlperiode unter rot/grün (bzw. rot/gelb?) deutlicher, z.B. wenn Minister RIESTER kurz und prägnant sagt, die Arbeitslosenhilfe werde es im Jahr 2006 nicht mehr geben.

Gemeinhin lauter äußert sich das Arbeitgeberlager – dort hat man schließlich das größte Interesse daran, den Schutz vor Dumpinglöhnen endlich loszuwerden. HANS WERNER SINN vom Münchner IFOINSTITUT beispielsweise hält Sozialhilfebezieher für „vernünftig“, die „nicht bereit sind, für einen Lohn unter der Sozialhilfeschwelle zu arbeiten.“ Seine Schlussfolgerung freilich ist nicht, für höhere Löhne einzutreten, sondern: da kein Unternehmer jemand zu einem Lohn oberhalb seiner Arbeitsproduktivität einstelle, verhindere Sozialhilfe die Schaffung von Jobs. Daher will SINN den Leistungsbezug „an die Voraussetzung knüpfen, dass die Begünstigten selbst ein Markteinkommen erwerben, sofern nicht soziale oder medizinische Gründe dagegen sprechen.“

Diese „Reform der Sozialhilfe“ mache die Löhne nach unten flexibel, lasse einen „neuen Niedriglohnsektor“ entstehen und sei „wahrscheinlich die wichtigste strukturelle Reform“ für den „deutschen Arbeitsmarkt“. Dagegen gehe das Bild des „faulen Sozialhilfeempfängers“ lt. SINN am „Kern der Sache“ vorbei.¹ Man muss ihn halt nur richtig anzupacken wissen, den Drückeberger.

Diese Debatten laufen auf massenhaft einkommensarme Arbeitnehmer in gegenüber heute deutlich deregulierten Beschäftigungsformen auf dem freien Markt hinaus. Und wer dort nicht unterkommt, wird in Arbeitsdiensten „zwise-engepart“.

Diese Richtung wird unterstützt von weiteren Vorhaben, als da wären – neben der „Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe“ – die „Modernisierung“,

„Entbürokratisierung“, „schlanke Verwaltung“ und nicht zuletzt die Pauschalierung von Leistungen der Sozialhilfe.

An all diesen Debatten fällt auf, dass sich die Akteure der Parteien der „politischen Mitte“ mit immer rigideren Vorschlägen zu übertrumpfen suchen. Sozialpolitische Profilierung funktioniert derzeit offensichtlich vor allem über möglichst radikales Vorpreschen in Richtung Eliminierung des Sozialstaats.

Deutlich wurde dies – an einer anderen Säule der Sozialversicherung – in den letzten Wochen beispielsweise an den Vorschlägen von Wirtschaftsminister MÜLLER, der in seinem Jahreswirtschaftsbericht unter anderem für die Aushebelung der solidarischen Krankenversicherung eintritt.

„Zusammenlegung“ heißt nicht „goldene Mitte“ zwischen Arbeitslosen und Sozialhilfe!

„Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenzulegen“ könne – so wollten anfangs einige hoffen – bedeuten, es werde eine neue Sozialleistung geschaffen, die irgendwo zwischen beiden liegt. Darin lag die Hoffnung auf Verbesserung der Sozialhilfe (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt).

Mit diesem Trugschluss sollten die „Faulenzerdebatte“ und das „Unterdens-Tisch-Kehren“ der Ergebnisse des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung aufgeräumt haben. Und natürlich die Äußerungen z.B. vom CDU-Gespann MERZ und MERKEL, die in diesem Zusammenhang ganz klar von einer Absenkung auf das Niveau der Sozialhilfe sprechen.

Nebenbei bemerkt: zu erwarten steht, dass Sozialhilfeberechtigte auch nichts durch einen im Zuge der „Zusammenlegung“ erleichterten Zugang zur „aktiven Arbeitsförderung“, also zu ABM-Stellen oder Weiterbildung, gewinnen. Die wird nämlich qua Entzug der Finanzmittel kontinuierlich heruntergefahren. Und Zugang zu Nichts ist schließlich auch nicht besser als kein Zugang zu Etwas.

Ergo: „Zusammenlegung“ heißt Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, bestenfalls Behandlung heutiger Alhi-Beziehender nach BSHG-Maßstäben. Verbesserungen für (arbeitsfähige) Sozialhilfeberechtigte wären – betrachtet man den Zweck der Übung, die Bereitstellung eines Heeres von zu jeder Bedingung verfügbaren Billigstlöhnen – schlicht und einfach kontraproduktiv fürs Kapital.

Arbeit vor bzw. statt Sozialhilfe

Alle öffentlich gewordenen Diskussionslinien laufen bislang auf eine Art Stufenmodell hinaus, dessen Szenario man sich ungefähr so vorstellen kann: erst werden Arbeitslosenhilfebezieher in Richtung Sozialhilfe „entsorgt“. Im zweiten Schritt (oder im selben Zug) werden sie – gemeinsam mit den als arbeits-

quer

D 3162
HEFT 4
August 2001
DM 3,00
zz. MwSt.

Seit 1985 ÜBERREGIONALE UND UNABHÄNGIGE ZEITSCHRIFT FÜR ERWERBSLOSE

„Das Mittagessen im Kindergarten kostet fünf Mark. Das sind im Monat 95 Mark. Das wurde mir zuviel, ich hab' ihn dann abgemeldet. (...) Aber dann hat er vor ein paar Wochen mal in der Küche mitgeholfen, und als ich ihn an diesem Tag abholte, fragte er mich, ob ich ihn nicht wieder zum Mittagessen anmelden könnte. (...) Es ist ja auch blöd für ihn, wenn er da so 'rausgerissen wird; die anderen gehen zum Mittagessen und er nicht.“



fähig klassifizierten Sozialhilfebeziehern – eher mehr als weniger rüde aus der Sozialhilfe gedrängt (oder gar nicht erst „hineingelassen“) – und zwar via „aktivierender“ Behandlung.

Wie eine solche Behandlung konkret aussehen kann, zeigen Politiker-Äußerungen bzw. einige bereits in Szene gesetzte „moderne“ Sozialamts-Praktiken:

- CDU-LAUMANN will zur „Aktivierung“ ein neues „Hilfegesetz“ mit Arbeitspflicht und ggf. Sachleistungen für „Drückeberger“ einführen (vgl. quer, Juni 01, S. 18). Ohne Arbeit, Qualifizierung oder gemeinnützige Tätigkeit sollen nur Nicht-Arbeitsfähige Anspruch auf ungekürzte Leistungen haben.

- Die FDP² möchte in ihrem Konzept zur „sinnvollen Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe“ die bisherige juristische Grundkonstruktion auf den Kopf stellen.

Bisher gilt: Der „Bedürftige“ erhält Leistungen, um davon ausgehend Erwerbsmöglichkeiten zu suchen (bei Alhi wie bei der Sozialhilfe) und so letztlich wieder unabhängig von der jeweils bezogenen Leistung zu werden.

Zukünftig soll die erste Voraussetzung, um die Leistung überhaupt beziehen zu können, der Nachweis der „eigeninitiativ“ betriebenen Arbeitssuche sein.

- Die in Köln entwickelten (und von anderen Kommunen dankend übernommenen) Verfahren der Ämter zur Anspruchsverweigerung („Arbeit sofort“, „Sprungbrett“, siehe Berichte in den letzten quer-Ausgaben) hebeln heutiges Sozialhilfe- und Arbeitsrecht in einem Arbeitsgang aus. Einkommenslose haben dann folgende Alternativen: ein unattraktives und arbeitsrechtlich dubioses Praktikum, normale Billigjobs, graue oder schwarze Arbeit – oder was „freier Markt“ sonst zum Überleben bietet.

Arbeit für Sozialhilfe

Zusammenlegungsbefürworter wollen Arbeitslose nicht einfach kommunaler Wohlfahrt überstellen. Schließlich tragen die Kommunen die Kosten für die Hilfe zum Lebensunterhalt, und das wäre eine unzumutbare finanzielle Mehrbelastung.

Bestandteil laufender Überlegungen ist deshalb – neben einer finanziellen Entschädigung für die „neue“ Aufgabe, immer wieder die allgemeine Arbeitspflicht für Arbeitslose im „Fürsorge“-Bezug. Als Einsatzbereich bieten sich natürlich kommunal anfallende Aufgaben an.

Eine verstärkte Arbeitspflicht trafe sich dabei mit der nicht neuen Strategie, mit Personalabbau auf die permanente Ebbe in Städte- und Gemeindekassen zu reagieren. Da drängen sich zur Arbeit verpflichtbare Erwerbslose geradezu als Lückenfüller auf – umso mehr, als mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe viel „frisches Material“ vom Arbeitsamt zu erwarten ist.

Faktisch gilt dies für die Sozialhilfe ja schon seit Jahren, kaum ein städtisches Grünflächenamt mag auf „seine“ BSHG-Arbeiterinnen verzichten, aber: alles ist noch ausbaufähig.

Daher könnte mit einem „Hilfegesetz mit integriertem Arbeitszwangsdienst“ auch dem Städte- und Gemeindetag die Abschaffung der Alhi schmackhafter gemacht werden.

Ein besonderes „Zuckerl“ hat sich übrigens die FDP ausgedacht, um die solche Pläne bisher (mit Verweis auf Verwaltungsaufwand und vor allem Kosten) ablehnenden Kommunen zu ködern: einen pauschalen Finanzausgleich, den der Bund an die Kommunen für deren Mehrbelastungen durch den Wegfall der Alhi bezahlt. Dieser soll an die „Hilfe zur Arbeit“ gekoppelt sein.

Der Clou dabei ist: Diese „Ausgleichszahlung“ des Bundes gibt's am Jahresanfang – und die Kommune darf alles davon einstreichen, was sie nicht für Erwerbslose aufwenden muss. Die Kommune müsste Erwerbslose dann nur möglichst umgehend „loswerden“ – und voilà: schon herrscht ein bisschen Plus in der Gemeindekasse.

Teile und herrsche

Fehlt noch eine Strategie, das politische handling einer solch großen „Reform“ zu erleichtern. Dazu gehört, sich nicht öffentlich den Vorwurf der sozialen Ungerechtigkeit und Härte einzuhandeln, womöglich offene Gegnerschaft großer Wohlfahrts- und Interessenverbände oder der Kirchen zu provozieren.

Auch daran scheint gearbeitet zu werden. Passend zu Faulenzerdebatte und Parolen wie „nur den wirklich Bedürftigen soll geholfen werden“ tauchen inzwischen Gerüchte über ein ministerielles „Schubladenpapier“ für ein zweigeteiltes Sozialhilferecht auf (SPIEGEL).

Nämlich: Eine graduell besser ausgestattete bzw. mit weniger Druck arbeitende Sozialhilfe (nennen wir sie „Sozialhilfe A“) für nicht Erwerbsfähige (und diese Kategorie umfasst dann die „klassische“ Klientel der Wohlfahrtsverbände wie Alte, chronisch Kranke und Behinderte).

Daneben eine auf ein neues Minimum

reduzierte „Sozialhilfe B“ für Erwerbsfähige, in der mit Verweis auf deren „Faulheit“ bzw. „Aktivierung“ Leistungen noch weiter gekürzt oder verweigert werden.

Abschaffung der Alhi – Kein Ende der Fahnenstange!

Mit einer Umsetzung solcher Modelle zur Abschaffung der Alhi bei pauschaler Abfindung der Kommunen bekäme der Bund erst richtig freie Hand, sich nach der finanziellen Verantwortung für Erwerbslose (für Arbeitslosenhilfe kommt die Bundeskasse auf – mit z.B. ca. 22,5 Mrd. Mark im Jahr 2000) auch gleich des Themas „Arbeitslosigkeit“ weitestgehend zu entledigen.

Arbeitslosenversicherung darf's ein bisschen weniger sein?

War die rot-grüne Bundesregierung seit ihrem Machtantritt ständig bestrebt, Arbeitslosigkeit aus dem Themenkanon der Bundespolitik zu verdrängen (die Aufmerksamkeit wurde auf Zunahme von Arbeitsplätzen und auf den „Aufschwung“ gelenkt statt auf Erwerbslosigkeit und Armut), ist das Überstellen Langzeit-Erwerbsloser an die Sozialhilfe das ideale Einfallstor, die Bedeutung von Arbeitslosigkeit auch als Gegenstand der Bundespolitik gen Null zu fahren.

Denn für längerfristig Erwerbslose wären die Kommunen mit der Alhi-Abschaffung nicht nur zuständig, sondern qua Finanzkompromiss – formal – auch finanziell ausgestattet, ein im System der kapitalistischen Weltwirtschaft liegendes Problem mit allen Folgen lokal zu schultern.

So gewänne der Bund freie Hand für weitergehende „Reformen“, z.B.:

- zur Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (Alg) für alle Erwerbslosen (angefangen wohl bei den Älteren); heute würde verkürzter Alg-Bezug dem Bund erhebliche Mehrkosten bei der Arbeitslosenhilfe bescheren. Dieses Problem entfiel logischerweise mit der Alhi-Abschaffung;

- zur Streichung der Mittel für berufliche Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen, denn auch diese aus Versicherungsgeldern finanzierten Instrumente ersparen dem Bund heute noch Ausgaben bei der Alhi.

Jede Regierung kann heutzutage Einschränkungen bei den Arbeitsämtern als Weg zur Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung verkaufen und so als Beitrag zur Schaffung von Arbeits-



Arbeits- und Sozialamt rücken gefährlich nahe zusammen, bedrängen Arbeitslose – hier symbolisiert beim Erwerbslosenprotest in Herne Wanne-Eickel am 5.06.01. Bei der Aktion vor der Christuskirche unter dem Motto „Arbeitslosenhilfe – ade?“ drückten viele Passanten ihren Ärger über die verschärfte Situation arbeitsloser Menschen aus. Foto: Arbeitslosenzentrum Herne

plätzen („Senkung der Lohnnebenkosten“!). Wer wird da lange zögern?

Bereits heute (Juli 2001) fordern grüne Spitzenpolitiker die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, obwohl die Bundesanstalt für Arbeit ein dramatisches Haushaltsdefizit meldet!

Im Ergebnis würde die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe dem Bund den Weg ebnen, „Kollateralschäden“ der Globalisierung wie Arbeitslosigkeit, Elend und ggf. soziale Revolte in die politische Peripherie der BRD zu entsorgen.

Was hat das alles mit Beschäftigten zu tun?

Mit einer Abschaffung der Arbeitslosenhilfe würde angesichts von Zahl und prekäreren Status der entrechteten Erwerbslosen der Druck auf die Standards in der Arbeitswelt erheblich steigen. Die Regulierung der Arbeitswelt unter Beteiligung von Arbeitnehmervertretungen dürfte dann zu einem gesellschaftlich zu vernachlässigenden Randphänomen werden. In naher Zukunft wäre dann nur noch von „gewerkschaftlich organisierten Restbelegschaften“ die Rede!

Gleichzeitig mit der Alhi dürften sich also auch die Gewerkschaften als möglicher politischer Machtfaktor für längere Zeit verabschieden müssen. Selbst in Zeiten eines „Bündnisses für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ wären sie trotz aller von ihnen gerne eingegangenen Kompromisse eben nicht mehr in der Lage, Tarifverträge, aber auch mit erkämpfte gesetzliche Regelungen zum Schutz der Ware Arbeitskraft zu erhalten.

Maximale Erfolge bei weißer Weste

Bei jedem Vorhaben, Arbeitsrecht und -schutz auf dem Weg der Gesetzgebung „auszudünnen“, müsste Rot-Grün bzw. jede andere Regierung sich derzeit direkt mit den Gewerkschaften (und dem dort organisierten „Wahlvolk“) anlegen. Über den eingeschlagenen Weg der Alhi-Abschaffung eröffnet sich dagegen die Möglichkeit für die Regierung, sich die Hände nicht selbst schmutzig machen zu müssen. Denn: Die Erosion der Arbeitsstandards findet bei massenhafter Existenznot von Lohnabhängigen ganz von allein statt. Marktwirtschaft halt.

Und wo bleibt die Opposition?

Wo von „Zusammenlegung“ geredet wird, gehts „ums Ganze“. Anders als

beim bisherigen via Salamataktik vorangetriebenem „Sozialabbau“ steuert das Kapital unter SPD/GRÜNEM-Management den großen Schnitt ins System an.

Von CDU/CSU/FDP ist, wie die obigen Zitate bewiesen haben dürften, Opposition an dieser Stelle nicht eben zu erwarten (außer vielleicht, dass ihnen Rot/Grün nicht weit genug gehen).

Erwerbslose wie auch letztlich Arbeitnehmer müssen sich daran gewöhnen, letztlich ohne parlamentarisch bedeutsamen Bündnispartner dazustehen. Wer denkt, bei der nächsten Bundestagswahl könnte mensch den Kahlschlag ins soziale System verhindern und durch ein Kreuz bei egal rosa/grün/gelb/schwarz seine „Stimme für Gerechtigkeit“ abgeben, wird eines Besseren belehrt werden: Wer seine Stimme abgibt, ist hinterher stumm. Am Horizont sieht es also erst mal düster aus, wenn auch noch fraglich ist, ob KommunalpolitikerInnen den Elendsverwalter geben wollen. Uns Erwerbslosen wird also nur Selbstorganisation helfen – und das Eingehen von Bündnissen mit engagierten und organisierten abhängig Beschäftigten, um Widerstand sowohl gegen workfare wie auch den Alltag in den heute schon ungarantierten Jobs endlich zu organisieren.

b.b./g.g.

1 Hans Werner Sinn in „Sozialhilfe – Schuld an der Arbeitslosigkeit?“, Homepage des Arbeitsministeriums vom 3.1.05.01

2 FDP-Antrag „Für eine sinnvolle Zusammenfassung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe“, Bt-Drs. 14/5983 v. 9.5.01

Siehe zu einzelnen Aspekten des Artikels auch verschiedenste Artikel in quer, u.a. Ausgaben April und Juni 01, auch weiter zurückliegend.

Nach dem Goldrausch

MÜNCHEN. 150 Leute waren auf die Einladung der Betriebsräte in der IG Metall zur der Veranstaltung gekommen. Das Thema der Podiumsdiskussion: die Krise der Telekommunikationsbranche.

Über die Ursachen der Krise waren sich die beiden Referenten einig, aber nicht unbedingt über die Wege, die wieder daraus herausführen. Wolfgang Müller von der IG Metall Bayern, der für das isw* den Report „Nach dem Goldrausch – Der Absturz des High-Tech-Sektors und die Folgen für die Gesellschaft“ verfaßte, zeigte Ursachen und Zusammenhänge auf. Durch eine Sättigung in den High-Tech-Märkten (v.a. Handys, PC und Datenleitungen) sind in diesem „Boom-Sektor“ plötzlich Probleme aktuell, wie man sie aus der traditionellen Wirtschaft kennt. Vor allem die Tatsache, dass für die Infrastruktur große Vorleistungen erbracht wurden, wird jetzt zum Krisenfaktor, da am Gebrauchswert und der sinnvollen Anwendung für die Verbraucher noch gefeilt werden muß. Zahlreiche Netzbetreiber haben durch UMTS – und die damit verbundene Verschuldung jetzt nicht nur selbst ein Problem: Fehlende Investitionen und ungeklärte Finanzierungsbedingungen treffen nun auch die Hersteller. Im Mobilfunk ist es der Einbruch des Handyabsatzes, bei den Netzwerken die noch offene Situation von UMTS.

Der zweite Referent des Nachmittags, Rolf-Dieter Kasch, Leiter ICN Marketing, konnte die Einschätzung der IG Metall nur bestätigen. Die Bedeutung des IT- und Telekommunikationssektors sowie seine konjunkturelle Entwicklung ist immer in Zusammenhang mit der Gesamt-Konjunktur zu sehen. Wenn die Telekommunikation wieder zur Zukunftsbranche mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten werden möchte, müssen neue Lösungen gefunden werden. Darüber ist man sich einig. Welche Auswirkungen die Krise genau haben wird, den Wegweiser aus dem Konjunkturtief und wie mögliche Lösungen ausschauen könnten, das alles steht noch in den Sternen. Hier führte auch das Podiumsgespräch und die anschließende Diskussion nicht viel weiter. Kasch vom ICN Marketing blieb vage und setzt mit schönen Vokabeln wie neuen „Entwicklungspfaden“ und „Applikationen“ auf das Prinzip Hoffnung.

* isw-report Nr.47, Wolfgang Müller, *Nach dem Goldrausch – Der Absturz des High-Tech-Sektors und die Folgen für die Gesellschaft*, Hrsg. isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V., 80639 München, Johann-von-Werth-Str. 3 Mail: isw_muenchen@t-online.de

www.labournet.de



Startseite

Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Vorstellung und Kontakt

Profile der vertretenen (regionalen) Gruppen

Arbeitsgruppen der Initiative

- AG Sozialpolitik
- AG Mitbestimmung
- AG Tarifpolitik

Veranstaltungen der Initiative, Unterlagen und Berichte

Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Was etwas holprig daher kommt, ist nicht mehr und nicht weniger als ein längerfristig angelegtes Projekt mit dem Ziel, linker Gewerkschaftspolitik größere Geltung zu verschaffen. Vorausgegangen war eine ca. einjährige Debatte in verschiedenen regionalen Diskussionszusammenhängen und in den Zeitschriften »Sozialismus« und »express«, die die Initiatoren ermutigte, das erste bundesweite Treffen zu organisieren, dem mittlerweile weitere folgten. Die Arbeit wird kontinuierlich fortgesetzt in einem Arbeitsausschuss sowie thematischen Arbeitsgruppen (s.u.)

Kontaktadresse zur Initiative:

Heinz-Günter Lang
Tannenburgstr. 17
Postfach 1201
64660 Alsbach-Hähnlein
Tel.: 06257-1468
hagelang@gmx.de

Ewald Wehner
Paul-Gerhard-Ring
15
60528 Frankfurt/M
Tel.: 069/6661867
Fax: 069/66122799

e-mails können auch von uns weitergeleitet werden!

Vernetzung kostet Geld. Kongresse, Rundschreiben und Arbeitsgruppen der Vernetzungsinitiative müssen finanziert werden....

Spendenkonto der Initiative:

Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung e.V.
(AFP e.V.) Offenbach
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 16830-607, BLZ 500 100 60

☐ Hiermit melde ich mich zum 4. bundesweiten Treffen der Gewerkschaftslinken am 12./13. Oktober 2001 in Stuttgart an

☐ Ich benötige eine Übernachtung und bringe einen Schlafsack mit ☐ ja ☐ nein

Vorname

Name.....

Straße.....Nr.....

PLZ..... Ort.....

Telefon.....

Fax.....

e-mail.....

Datum

Unterschrift

.....

.....

Bitte rechtzeitig anmelden! Dafür obenstehenden Vordruck faxen an Ewald Wehner: Fax 069/66122799 bzw. per e-mail oder Post senden an: Heinz-Günter Lang, hagelang@gmx.de; Postfach 120164660 Alsbach-Haehnlein

ORGANISATORISCHES: Der Teilnehmerbeitrag beträgt DM 30,-. Wegen Übernachtungen bitten wir unsere Stuttgarter Kolleginnen und Kollegen umgehend um Mitteilung, wer Schlafplätze zur Verfügung stellen kann. **Anmeldungen** für die Teilnahme können ab sofort erfolgen. Die TeilnehmerInnen erhalten dann den genauen Ablauf und die Anreisebeschreibung zugeschickt. **Materialien zur Vorbereitung** der Tagung können im LabourNet Germany abgerufen werden unter <<http://www.labournet.de/GewLinke/>>. Dort können auch bis zur Tagung Diskussionsbeiträge veröffentlicht werden.

ANFAHRT: Tagungsort ist das Gewerkschaftshaus Stuttgart in der Willi-Bleicher-Str. 20: Vom Hauptbahnhof mit der S-Bahn bis Haltestelle Stadtmitte. Das DGB-Haus ist direkt gegenüber dem „Haus der Wirtschaft“ (kein Scherz). Die **Parkmöglichkeiten** direkt am DGB-Haus sind äußerst gering. Parkhaus Hofdienergarage, Zufahrt über die Schellingstraße.

Einladung zum 4. bundesweiten Treffen der Gewerkschaftslinken am 12./13. Oktober 2001 in Stuttgart

Welche Gewerkschaften haben Zukunft?

Aktuelle und perspektivische Herausforderungen an die Gewerkschaftslinken

Liebe Kollegin, lieber Kollege, sowohl die Zukunftsdebatte der IG Metall als auch die Programmdebatte bei ver.di sind Antwort auf den offensichtlichen Bedarf einer neuen Diskussion über die Richtung unserer Gewerkschaften. Ihr dramatischer Mitgliederschwund bei zunehmender Resignation vieler Mitglieder ist allein durch Gewerkschaftszusammenschlüsse nicht aufzuhalten.

Auch die Vernetzungsinitiative der Gewerkschaftslinken entsprang einer solchen Diskussion über unsere Perspektiven als GewerkschafterInnen. Allerdings haben wir bereits bei unserer Gründung auf die Notwendigkeit eines grundlegenden Wechsels, einer Abkehr von der Politik der Unterordnung unter vorgegeblich naturgegebene wirtschaftliche Zwänge der globalen Konkurrenz – vollendet im Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit – hingewiesen. „Eine linke Strömung in den Gewerkschaften schaffen?“ blieb bislang eine offene Frage.

Diese begonnene Diskussion wollen wir nun fortsetzen. Wenn wir die Zukunft der Gewerkschaften in der alltäglichen Umsetzung und Verbreitung von Kapitalismuskritik, in gelebter Gegenmacht und

internationaler Solidarität sehen, so blieb bisher noch unklar, welche konkreten Konsequenzen dies für den betrieblichen und gesellschaftlichen Alltag eines jeden Gewerkschaftsmitglieds haben muss. Denn die Gewerkschaften sind wir! Natürlich wollen wir uns in die laufenden Programmdebatten massiv einmischen und möglichst auf sie Einfluss nehmen. Dennoch ist es uns wichtig, diese Debatte autonom und ohne die Vorgaben der Gewerkschaften zu führen. Auch kommt es uns darauf an, keine abgehobenen Theorien zu diskutieren, sondern uns zu fragen, was wir im gewerkschaftlichen Alltag (vor Ort, in den Betrieben) im Blick auf eine langfristige Perspektive verändern können und müssen! Auch deshalb laden wir alle interessierten Kolleginnen und Kollegen zur Teilnahme am Kongress ein und rufen alle Betriebs- und Regionalgruppen zur vorbereitenden Diskussion auf!*

* Bei diesem Kongress soll diese Diskussion wieder aufgenommen, keinesfalls abschließend behandelt werden. Als Grundlage hierfür schlagen wir einige Texte vor. Alle Texte und Thesen sind im LabourNet Germany verfügbar unter <http://www.labournet.de/GewLinke/>.

Programm

Freitag, 12.10.01, ab 18:00 Uhr

Aktuelle Herausforderungen an die Gewerkschaftslinken, Diskussion der Arbeit der Arbeitsgruppen (im Plenum)

1. AG Tarifpolitik: Die Verteilungsfrage ins Zentrum stellen! Für eine offensive Lohn- und Gehaltsrunde 2002! Wer kämpfen soll, muss auch mitentscheiden! Referent: Bernd Riexinger

2. AG Mitbestimmung: Für mehr Demokratie jenseits der Standortfrage! Die Position der Gewerkschaftslinken zur Reform des BetrVG. Referent: Ewald Wehner

3. AG Sozialpolitik: „Nach der Reform ist vor der Reform. Politische Bilanz der Privatisierung der Alterssicherung und Ausblick auf neoliberale Eingriffe in das Gesundheitswesen, die gesetzliche Krankenversicherung und neue Zumutungen in der Arbeitsmarktpolitik und unsere Alternativen und unseren Widerstand.“

• „Zu faul, um für 1000 DM zu arbeiten!“ Referent: Rainer Roth

• Privatisierung und Aushöhlung sozialer Krankenversicherung. Referent: NN
Anschließend: Diskussion der Referate

und weiterer Arbeit samt Abendessen.

Ende: ca. 22.00 Uhr

Samstag, 13.10. 9.30 – 17.00 Uhr

9.30 – 10.30 Uhr: Fortsetzung der Debatte über die weitere Arbeit der Arbeitsgruppen

10.45 – 17.00 Uhr (mit Mittagspause): Welche Gewerkschaften haben Zukunft? Perspektivische Herausforderungen an die Gewerkschaftslinken
Einführungsreferate

1) Politische Perspektiven der Gewerkschaften zwischen Opposition und Kooperation. Für eine neue Debatte über alte Grundwerte. Ingrid Kurz-Scherf (angefragt)

2) Quo vadis Gewerkschaftslinken? Für einen Perspektivenwechsel der um Perspektiven ringenden Gewerkschaftslinken. Ulrich Leicht

3) Stand der Zukunftsdebatte der IG Metall aus der Sicht eines linken Gewerkschafters. Helmut Schauer
Anschließend Berichte aus der Vorarbeit in den Betriebs- und Regionalgruppen sowie Diskussion

Zurückhaltende Personalpolitik durch „Überregulierung am Arbeitsmarkt“. – HB, Freitag / Samstag, 3./4.8.2001. – Kostentreibende Gesetze wie der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit, das neue Betriebsverfassungsgesetz oder die Verteuerung von 630-DM-Jobs hätten die Stimmung der Unternehmen verschlechtert – so die Feststellung von Vertretern des Deutschen Industrie- und Handelskammertages. Zudem seien die Unternehmen durch die Diskussion über die geplante Reform des Schuldrechts und die Ankündigung „harter“ Lohnrunden verunsichert. „Überhöhte Lohnabschlüsse würden das Preisklima erheblich belasten und die Beschäftigung nochmals empfindlich verschlechtern“, erklärte der DIHK.

BDA fordert umgehende Bildungsreform. – Der BDA-Präsident D. Hundt schlägt stellvertretend für die Unternehmen Alarm: die Bildungsmisere bedrohe zunehmend den Standort Deutschland. Nicht nur Computerexperten, sondern auch Arbeitskräfte mit mittlerer und geringer Qualifikation, wie das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln berichtet, wie z. B. Kellner, Versicherungsfachleute oder Elektroinstallateure seien stark gesucht. „Interesse und Neugier der Schüler sind längst nicht mehr so ausgeprägt, wie wir es uns wünschen“, klagt N. Meyer, Ausbildungsleiter bei der BASF. Aus einer Studie des Chemiekonzerns geht hervor, dass die Allgemeinbildung der Lehrstellensbewerber immer schlechter wird: Inzwischen können nur noch 52% der Hauptschüler relativ simple Rechenaufgaben richtig lösen – und lediglich 37 % weitgehend fehlerfrei schreiben. Jedes dritte Unternehmen ist nach Berechnungen des Ifo-Instituts im Bildungssponsoring aktiv.

Bundesregierung soll Straße entlasten. – HB, Freitag/Samstag, 10./11.8.2001. – Der Bundesverband des Groß- und Außenhandels (BDG) fordert vor neuer Belastung des Güterverkehrs auf der Straße die Bundesregierung auf, zunächst alle Möglichkeiten der Entlastung auf der Straße auszuschöpfen. So könne die Zahl der Lkw-Fahrten erheblich reduziert werden, wenn etwa der so genannte Werksverkehr – also die firmeneigenen Lkw – auch die Erlaubnis zur Beförderung von Gütern Dritter erhalte. Außerdem könne das zulässige Gesamthöchstgewicht von Lkw von 40 auf 44 Tonnen erhöht werden sowie eigene, mautpflichtige Lkw-Trassen in Ballungsgebieten gebaut werden, so der BGA-Sprecher G. Riemann.

Presseauswertung: rst

Es gibt inzwischen verschiedene Änderungsanträge zum **Leitantrag für den PDS-Parteitag**, die sich dagegen aussprechen, das einer der Programmanträge zur „Grundlage der Diskussion gemacht wird. So ein Antrag des Kreisverbandes Wuppertal und vom Landesverband Niedersachsen, den wir hier dokumentieren.

Die gemeinsame Sitzung von Vorstand und Parteirat der niedersächsischen Landespartei beriet am 28. Juli über den **Leitantrag des Parteivorstandes** zum kommenden Parteitag. Zu den darin enthaltenen Aussagen zur Programmdiskussion stellte dies höchste Gremium der Landespartei zwischen den Landesparteitage, einmütig fest:

1. Wir stimmen dem Leitantrag darin zu, dass unstrittig sein muss, dass wir die kommende Bundestagswahl auf Grundlage unseres Programms von 1993 führen.

2. Wir stimmen dem Leitantrag darin zu, dass der Beschluss des Münsteraner Parteitages über die Politikfelder, welche in unserer Programmdiskussion behandelt werden sollen, bestätigt wird.

3. Wir stimmen dem Leitantrag darin zu, wenn er formuliert, es gehe um eine „Überarbeitung des Parteiprogramms“ statt um seine Neufassung.

4. Wir stimmen aber ausdrücklich nicht zu, wenn es in diesem Leitantrag heißt: „Der von Gabi Zimmer vorgestellte Entwurf ... soll ... die Arbeitsgrundlage auf dem Weg zur Annahme eines überarbeitenden Parteiprogramms der PDS sein“.

5. Vielmehr schlagen wir dem Parteitag als Änderungsantrag vor – wie wir meinen, ganz im Sinne des Gründungskonsenses der PDS, sozialistisch-pluralistische statt „geführte“ Partei zu sein – Die Grundlage für die Überarbeitung unseres Programms bildet unser bestehendes Programm. Alle Änderungsvorschläge müssen gleichberechtigt behandelt und veröffentlicht werden, wie es schon der Parteirat in zwei Beschlüssen forderte. Parteivorstand und Programmkommission stehen in der Pflicht, alle Programmvorschläge und wichtige Diskussionsbeiträge der interessierten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Dies gilt für die gegenwärtigen Alternativvorschläge von „Wolf-Menzner-Lieberam-Balzer“, wie für den von „Köhne-, Sanchez-Brakebusch“ und weitere wichtige Diskussionsbeiträge z.B. der „AG Betrieb & Gewerkschaft“, „Bischoff, S-I. Kaufmann u.a.“, „LISA“ u.a.m.

6. Nicht zuletzt sind zu beachten andere linke und sozialistische Stimmen außerhalb unserer Partei. Das wollen wir doch, eine offene Diskussion in der Gesellschaft über unser sozialistisches Programm!

7. Der Landesvorstand wurde beauftragt, die PDS-Landesverbände darüber zu informieren und in Erwartung gleichlautender Anträge solche zu unterstützen.

Für die gemeinsame Beratung von Landesvorstand und Landesparteirat der PDS-Niedersachsen: Hans-Georg Hartwig. Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes

Neue Finanzordnung liegt vor

Beim Dresdener Parteitag der PDS wird auch eine neue Finanzordnung zur Verabschiedung stehen. Nach Beratungen auf der organisationspolitischen Konferenz am 30.6.2001 in Magdeburg und im Bundesfinanzrat wurde der Entwurf jetzt im Pressedienst veröffentlicht. Die wichtigsten Änderungen sind die Regelungen des Finanzausgleichs zwischen Parteivorstand und Landesverbänden, die Stärkung des Bundesfinanzrates und die Umstellung der Beitragstabelle auf den Euro.

Die Änderungen der Finanzordnung sind ein Ergebnis der vom Parteivorstand in Auftrag gegebenen Studie zur organisatorischen, strukturellen und finanziellen Entwicklung der PDS. Um nur zwei Probleme zu benennen, die darin deutlich werden: 1. Die Mitgliederzahl der PDS sank von 1995 bis 1999 um 26.346 Mitglieder auf 88.594 Mitglieder. Allein zur Stabilisierung der Mitgliederzahl wäre ein Zuwachs von 3.500 bis 5.000 Mitgliedern pro Jahr nötig. 2. Nach Überschüssen in den Vorjahren erwirtschaftete die PDS als Gesamtpartei 1998 einen Verlust von 10,6 Mio. DM und 1999 einen Verlust von 3,639 Mio. DM, bei einer jeweils sehr unterschiedlichen Verteilung von Plus und Minus der Jahresergebnisse auf den Vorstand und die einzelnen Bundesländer.

Infolgedessen ist der Finanzausgleich seit Jahren ein Zankapfel unter den Landesverbänden. Der Vorschlag für eine neue Finanzordnung stärkt richtigerweise den Grundsatz der Eigenfinanzierung der jeweiligen politischen Ebene. Für den Finanzausgleich soll ein Fonds gebildet werden, in den Parteivorstand und Landesverbände erstmals auf Grundlage noch festzulegender Normen einzahlen. Verwendet werden soll der Fonds für: a) den weiteren Aufbau der westlichen Landesverbände, b) die finanzielle Sicherung der Handlungsfähigkeit der östlichen Landesverbände und c) einen Fonds für Kampagnen und zentrale Veranstaltungen beim Parteivorstand. Die Verteilung der Mittel an die Landesverbände soll über einen Schlüssel erfolgen, der sich aus einer „normativen Mindestfinanzausstattung der Landesverbände unter Berücksichtigung ihrer Organisationsstruktur und der Anzahl der Mitglieder“ ergibt.

Für die Erarbeitung der genannten

Normen und Vorschläge für den Finanzausgleich ist der Bundesfinanzrat zuständig, der im Entwurf einer neuen Finanzordnung erstmals als Institution festgeschrieben wird. Neben Bundes-schatzmeister und Parteirat sollen die östlichen Landesverbände jeweils zwei Vertreter im Bundesfinanzrat haben, die westlichen insgesamt zwei. Auch für die Verwendung der Mittel des zentralen Wahlkampffonds gibt der Bundesfinanzrat Empfehlungen ab, entscheiden tut allerdings wie bisher der Parteivorstand. Da die Landesverbände einen Anspruch nur auf die von ihnen selbst eingezahlten Mittel haben, also die Wahlkampfkostenerstattungen für Landtagswahlen, kann der Parteivorstand über die staatlichen Zuschüsse nach Wählerstimmen für Bundestags- und Europawahlen letztlich allein verfügen – eine Regelung, die erheblich zentralistischer ist als z.B. bei den Grünen.

Nichts einzuwenden ist sicherlich gegen die Erhöhung des Mindestbeitrages von 2 DM auf 2 Euro, rund 3,92 DM. Auf der Magdeburger Konferenz umstritten war jedoch die Höhe der Beiträge im mittleren Einkommensbereich. Ein Mitglied mit einem Nettoeinkommen von 2.500 DM sollte bisher 62,50 DM Beitrag zahlen, in Zukunft 33 Euro, also rund 64,70 DM. Solche Soll-Beiträge wurden von verschiedenen Seiten als zu hoch eingestuft. Immerhin zahlen viele Mitglieder auch im Osten in Gewerkschaften, Vereinen, Initiativen usw. Beitrag. Der bundesweite monatliche Durchschnittsbeitrag von 16,50 DM im Jahr 1999 zeigt, dass die Umsetzung solcher Soll-Beiträge auch wenig realistisch ist.

wof

Die Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament führt am 15. September in Frankfurt (Oder), Kleistforum, Platz d. Einheit 1, eine Konferenz durch zum Thema: **Grenzregionen – für ein solidarisches Europa**. Nach einführenden Beiträgen u.a. von Hans Modrow, von Parlamentariern aus Tschechien und Polen und der Vorsitzenden des Ausschusses für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik im Landtag Brandenburg, Gerlinde Stobrawa, finden drei Foren statt zu den Themen: Osterweiterung aus Sicht von Arbeitnehmern und Gewerkschaften; Chancen und Probleme kleiner und mittelständischer Unternehmen in den Euroregionen; Kultur, Bildung und Wissenschaft in den Euroregionen.

Regionalkonferenzen der PDS zur Vorbereitung des 7. Parteitages im Westen: „Süd“ (Bayern, BaWü, RLP, Hessen, Saar): Sonntag, 16. September, Mannheim

„Nord“: (NRW, Nds, HH, HB, SWH): Samstag, 22. September, Bielefeld

Zusammenstellung: jöd

gegen die kapitalistische Weltwirtschaft

Der Widerstand gegen die Umgruppierungsprozesse in der kapitalistischen Weltwirtschaft bahnt sich auf verschiedenen Wegen seine Bahn. Die wiederkehrenden Palaverstunden der Politiker und Vertreter der ökonomischen Institutionen wie IWF und Weltbank bieten reichlich Gelegenheit, Protest zu artikulieren. Schwieriger ist es, die einzelnen Gegenpositionen festzumachen und zu beschreiben. Den Wust an Dokumenten einigermaßen zu überschauen, ist schier unmöglich. Trotzdem soll hier jetzt der Versuch gemacht werden, anhand einiger ausgewählter Dokumente die verschiedenen Positionen der „Globalisierungsgegner“ sichtbar zu machen.

In dieser Ausgabe der *Politischen Berichte* beginnen wir mit dem Abdruck von drei Dokumenten. Zunächst eine Stellungnahme von Vittorio Agnoletto, dem Sprecher des Genoa Social Forum, das die Proteste gegen den G8-Gipfel in Genua koordiniert hatte. Dann folgt das Selbstverständnispapier der Gruppe ATTAC, gegründet vor einigen Jahren auf Initiative der Herausgeber von *Le Monde diplomatique* Ignazio Ramonet, in der „Nach-Genoa-Zeit“ die Gruppe mit dem meisten Zulauf. Und zum Dritten das Positionspapier Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft des Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), das einen Überblick über die derzeitige Positionenvielfalt gibt und eine Klammer versucht zwischen Pragmatismus und Militanz. hav

„Wir machen weiter“

Nach dem G-8-Gipfel – ein erstes Resümee des Genoa Social Forum. Von Vittorio Agnoletto*

Die Ereignisse der dramatischen Tage in Genua werden die politische und soziale Zukunft Italiens stark prägen. Die Bewegung gegen diese neoliberale Globalisierung hat in Genua einen sehr hohen Preis bezahlt. Der Tod eines Jungen und Hunderte Schwerverletzte, das sind Wunden, die eine tiefe Leidensspur hinterlassen und uns zum Nachdenken auffordern.

Es ist noch zu früh für eine Gesamtwertung. Zur Zeit ist nur ein vorläufiges Urteil möglich:

1. Der Bewegung ist es gelungen, sich als eigenständiges politisches Subjekt auf der italienischen Bühne durchzusetzen; es ist ihr gelungen, die eigenen Inhalte in den Mittelpunkt der politischen Debatte, der parlamentarischen Tagesordnung und der öffentlichen Meinung zu rücken, indem sie Protest mit kraftvoll und autoritativ vorgetragenen eigenen Vorschlägen verband. Themen wie die Schuldenstreichung, die Tobin Tax, das Abkommen von Kyoto, der Kampf gegen das Monopol der multinationalen Konzerne und gegen ihr zwanzigjähriges Patent auf Arzneimittel, das Engagement für den Zugang zu Trinkwasser für die Bevölkerung des Südens, die Konversion der Rüstungsproduktion – all diese Themen sind nicht mehr im Alleinbesitz einer kleinen Schar von Aktiven der Nichtregierungsorganisationen.

Das Genoa Social Forum hat das Wunder vollbracht, eine gemeinsame politische Vertretung und eine zusammenhängende Bewegung aufzubauen, es hat Initiativen, soziale Zentren, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und politische Kräfte zusammengebracht, die häufig im Alltag keine Zusammenarbeit pflegen. Es hat eine gemeinsame Handlungsfähigkeit hervorgebracht, die sich auf eine ausreichend solide programmatische Basis stützt, aber auch auf eine Übereinstimmung in den Kampfformen: Die Wahl friedlicher, nicht gewalttätiger Mittel und der zivile Ungehorsam waren

ein wichtiges und kein ideologisches Ergebnis der kollektiven Arbeit.

Die Aktionen des Genoa Social Forum haben die Dürftigkeit und Zweideutigkeit der Positionen des Olivenbaums und die absolute Sackgasse, in die sich die Linksdemokraten (DS) manövriert haben, noch deutlicher hervorgehoben. Im Angesicht einer Massenbewegung wie der in Genua, der großen Demonstration der 300 000, haben taktische Abwägungen keinen Platz mehr. Diese Bewegung ist heute wahrscheinlich der interessanteste Teil der sozialen Opposition gegen die Rechtsregierung.

2. Die Regierung Berlusconi hat beim ersten Ereignis von wirklicher sozialer und politischer Bedeutung ihre ganze Unfähigkeit im Umgang mit einer Oppositionsbewegung gezeigt. Aufgetaucht ist wieder die echte alte Kultur der italienischen Rechten, eine Kultur, die sich auf die militärische Repression, auf die Gleichgültigkeit gegenüber der aus der Resistenza hervorgegangenen Verfassung, auf die Verachtung der Menschenrechte stützt. Diese Regierung kann es nicht dulden, dass es eine „friedliche und ungehorsame“ Massenopposition gibt, wieder einmal hat sie zur Strategie der Spannung gegriffen und hat sich auch nicht gescheut, gewalttätige Gruppen zu instrumentalisieren. Das Ziel ist nur allzu klar: Die Bewegung soll unterdrückt, gespalten und ein Teil davon in Gewaltstrategien abgedrängt werden, die gegenüber der öffentlichen Meinung weit aus brutalere Unterdrückungen rechtfertigen als diejenigen, welche die italienischen Gesetze vorsehen. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass wir einer Regierung gegenüberstehen, die die Atmosphäre geschaffen hat, in der der Mord an Carlo Giuliani möglich war.

Ich glaube, wir müssen die Reife und Besonnenheit hervorheben, mit der diese Bewegung reagiert hat, sie ist nicht in die Falle gelaufen und hat jede Provokation zurückgewiesen. Diese Bewegung wird sich in Zukunft mit schwierigen Fragen auseinandersetzen müssen, wie dem Selbstschutz ihrer Initiativen und der Präsenz gewalttätiger und häufig unpolitischer Gruppen, die ein Ergebnis des gesellschaftlichen und kulturellen Zerfalls sind und deshalb von den Sicher-

heitskräften durchgesetzt und manipuliert werden können.

Das Genoa Social Forum wird seine Geschichte mit Genua nicht beenden; in diesen Tagen hat es sich umgebildet in das Forum Sociale Italiano, das sich als integraler Bestandteil des Weltsocialforums von Porto Alegre versteht. Es wird territorial agieren und seine Einheit aufrechterhalten – das ist das kostbarste Gut, das wir mühsam erkämpft haben.

(*) Der Autor ist Sprecher der Italienischen Liga zur Bekämpfung von AIDS und Sprecher des Genoa Social Forum. Sein Beitrag erschien zuerst in Il Manifesto (24. 7. 2001). Übersetzung: Angela Klein.

Aus: *Junge Welt* 30.7.2001

Erklärung ATTAC

Wer wir sind und was wir wollen

Neoliberale Globalisierung – viele Verlierer, wenige Gewinner

Seattle, Prag, Nizza oder Davos – wann immer Weltbank, IWF und WTO oder die Chefs der Industrieländer zu Gipfelkonferenzen rufen, gehen Zehntausende auf die Straße. Ihr Protest richtet sich gegen die weltweit wachsende soziale Ungleichheit, gegen eine Globalisierung, die nur an mächtigen Wirtschaftsinteressen orientiert ist. Attac versteht sich als Teil dieser globalen Bewegung.

Finanzmärkte – Motor der Globalisierung

Das Versprechen, die Globalisierung bringe Wohlstand für alle, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer, sowohl innerhalb der Gesellschaften als auch zwischen Nord und Süd. Motor dieser Art von Globalisierung sind die internationalen Finanzmärkte. Banker und Finanzmanager setzen täglich Milliardenbeträge auf den Finanzmärkten um und nehmen über ihre Anlageentscheidungen immer mehr Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung. Damit untergraben die Finanzmärkte die Demokratie.



Attac-Demonstration am 19.7. in Genua

Eine andere Welt ist möglich

Demgegenüber tritt Attac für eine demokratische Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte ein. Wir sind davon überzeugt, dass die Wirtschaft den Menschen dienen muss und nicht umgekehrt. Politik muss sich an den Leitlinien von Gerechtigkeit, Demokratie und ökologisch verantwortbarer Entwicklung ausrichten. Nur so kann die durch die kapitalistische Wirtschaftsweise entstehende gesellschaftliche Ungleichheit ausgeglichen werden.

Attac will ein breites gesellschaftliches Bündnis als Gegenmacht zu den entfesselten Kräften der Märkte bilden. Dabei geht es nicht um ein Zurück zum vermeintlich idyllischen Zustand vergangener Jahrzehnte. Alternativen sind nötig und möglich. Die Behauptung, Globalisierung in ihrer jetzt herrschenden, neoliberalen Form sei ein alternativloser Sachzwang, ist reine Ideologie. Wir setzen dem unsere Vorstellung von Globalisierung entgegen: internationale Solidarität von unten. Eine andere Welt ist möglich.

Attac – eine Bewegung mit Zukunft

Attac – die französische Abkürzung für Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen – ist Teil einer internationalen Bewegung. Ausgehend von Frankreich haben sich inzwischen in 26 Ländern viele Menschen und Organisationen aus der Umwelt- und Eine-Welt-Bewegung, kirchliche Kräfte und Gewerkschaften zu Attac zusammengeschlossen. In Frankreich hat Attac bereits über 30.000 Mitglieder. Auch in der Bundesrepublik wächst die Attac-Bewegung. Einzelpersonen, lokale Gruppen und bundesweite Organisationen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft arbeiten in Attac zusammen.

Unsere Themen

Zentrales Thema von Attac ist die Regulierung der internationalen Finanzmärkte unter anderem durch Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen (Tobin-Steuer), die stärkere Besteuerung von Kapital und die Unterbindung von Steuerflucht. Wir lehnen die von der Bundesregierung vorangetriebene Privatisierung und Kapitalmarktdeckung der sozialen Sicherung (Rente, Gesundheit) ab. Wir unterstützen die Forderung nach einem Schuldenerlass für die Entwicklungsländer. Wir sind offen für alle Themen, bei denen es um eine kritische Auseinandersetzung mit der neoliberalen Globalisierung geht.

Attac aktiv – Was wir machen

Attac steht für vielfältige und kreative Aktionsformen: von der Information über Diskussion bis zum Protest, von Informationsbroschüren über Podiumsdiskussionen bis zu Straßentheater vor Banken und Aktionen mit unserem aufblasbaren schwarzen Koffer oder mit einer schwimmenden Steueroase. Über die Öffentlichkeit wollen wir Druck auf Politik und Wirtschaft ausüben. Attac setzt darauf, möglichst viele Menschen zu gewinnen und mit ihnen gemeinsam zu handeln.

Veränderung beginnt vor Ort – Attac-Regionalgruppen

Der Unmut über die neoliberale Globalisierung wächst in vielen Regionen und in vielen Köpfen. An verschiedenen Orten gibt es bereits aktive Attac-Gruppen. Viele andere befinden sich in der Gründungsphase. Das Attac-Büro unterstützt bundesweit Regionalgruppen bei ihrer Gründung und Arbeit. Wir geben Tipps und können Aktionsmaterial zur Verfügung stellen.

Derzeitige Attac-Kampagnen:

Kampagne für eine Devisenumsatzsteuer (Tobin-Steuer)

Wir betrachten die Tobin-Steuer als Einstieg in die Regulierung der Finanzmärkte. Sie würde Sand ins Getriebe der internationalen Spekulation streuen. Der Widerstand der großen Geldbesitzer, die an unregulierten Märkten verdienen, verhindert bisher die Einführung einer solchen Steuer. Viele Fachleute, aber auch Politiker, Gewerkschaften, Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen befürworten die Steuer. Wir wollen auch in der Bundesrepublik dafür den Druck von unten verstärken.

Kampagne „Stopp Steuerflucht“

In Steueroasen und Offshore Bankzentren werden jährlich immense Summen am Fiskus und den Aufsichtsbehörden vorbei transferiert. Die Kapitalflucht dient dann wieder als Argument, um auch bei uns Steuern auf Kapitaleinkünfte und -vermögen zu senken. Auf der anderen Seite fehlt dieses Geld, um Armut und Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen und ausreichend in Bildung, Gesundheit und andere soziale Aufgaben zu investieren. Deshalb setzen wir uns für eine solidarische Steuerpolitik ein, bei der jeder nach seinem wirtschaftlichen Leistungsvermögen besteuert wird.

Kampagne Weg mit der Riester-Rente!

Mit ihrem Rentenkonzept bricht die Bundesregierung mit dem Prinzip der solidarischen Alterssicherung und nimmt einen Systemwechsel vor: Die paritätische Teilung der Rentenbeiträge zwischen ArbeitnehmerInnen und Unternehmen wird zu Gunsten einer individuellen Risikoabsicherung aufgegeben. Die auf die Märkte strömenden Gelder privater Versicherer verstärken die Instabilität des internationalen Finanzsystems, und die Rente wird vom Auf und Ab der Finanzmärkte abhängig und damit krisengefährdet. Es ist zu befürchten, dass mit der Rentenreform weitere Privatisierungen der sozialen Sicherungssysteme – insbesondere im Gesundheitswesen – eingeläutet werden.

Stand: April 2001



Globalisierungskritik, Genua, Gewalt

**Positionspapier des Arbeitsschwerpunkt
Weltwirtschaft des Bundeskongress ent-
wicklungspolitischer Aktionsgruppen
(BUKO)**

Die Ereignisse von Genua haben viele Facetten. Im Vordergrund steht die massive staatliche Gewalt. Ein Toter, Hunderte von (Schwer-)Verletzten und vermutlich viele lang anhaltende Traumatisierungen sind die deprimierenden Folgen dieser Gewalt. Darüber sollte aber nicht die Mobilisierung von 200 000-300 000 Menschen (ZDF und n-tv berichteten dagegen nur von 50-60000 DemonstrantInnen) vergessen werden. Diese Mobilisierung ist erst einmal als Erfolg zu bewerten. Sie zeigt, dass die uneingeschränkte Hegemonie der neoliberalen Globalisierung zumindest angekratzt ist.

Diese neoliberale Globalisierung ist ein widersprüchlicher sozialer Prozess, der äußerst gewaltförmig verläuft, vor allem in Ländern der sog. Dritten Welt. Dies wurde und wird hier nur von einer verschwindend geringen Minderheit wahrgenommen und kritisiert. Die Gewalt nimmt dabei unterschiedliche Formen an. Seit wenigen Monaten äußert sie sich auch hier (EU-Länder) zunehmend in Gestalt massiver physischer Repression gegenüber den KritikerInnen der neoliberalen Globalisierung. Die – so ist zu befürchten – vorläufigen Höhepunkte dieser Entwicklung sind die Todesschüsse, die Prügelorgien und die auf den Polizeiwachen die Schwelle zur Folter erreichenden Praktiken der „Sicherheitskräfte“ in Genua. Ihnen voraus gingen bis dahin unbekannte Versuche zur Kriminalisierung und Einschüchterung der sog. Globalisierungsgegner, angefangen von aberwitzigen, aber nichtsdestotrotz von „seriösen“ Medien verbreiteten Unterstellungen (Stichwort: Attentate mit aidsverseuchten Blutkonserven) über das zeitweilige Außerkraftsetzen der Reisefreiheit bis hin zur öffentlichkeitswirksamen Bereitstellung von 200 Leichensäcken. Der Hass und die bewusst durchgeführten brutalen Prügeleien seitens der Polizei haben eine Dimension erreicht, die bisher unvorstellbar war und auch in keiner Weise mit dem Agieren des sog. Schwarzen Blocks und anderer Militanter erklärt werden kann. Einige sprechen von Polizeistaat und Staatsterrorismus, andere von protofaschistischen Elementen, wieder andere denken an Chile. Für viele wird sich Genua mit traumatischen Erfahrungen, mit purer Angst, Panik und Hilflosigkeit verbinden. Noch fehlt uns die passende Sprache, um diese Ereignisse angemessen zu beschreiben.

Wir sehen in den Ereignissen von Genua eine neue Qualität des staatlichen und medialen Umgangs mit den Widersprü-

chen neoliberaler Globalisierung. Dabei sind wir uns der langen Geschichte der Unterdrückung linker Bewegungen vor allem in den 70er-Jahren bewusst. Wir sehen aber auch neue Herausforderungen für die internationale Protestbewegung. Im Folgenden wollen wir auf beide Aspekte eingehen, indem wir uns – ausgehend von Genua – mit der Frage staatlicher Gewalt, der Rolle von Militanz und den Perspektiven des internationalen Protests beschäftigen.

1. Internationaler Protest und staatliche Gewalt

Noch in den 90er-Jahren hatten sich staatliche Akteure darauf konzentriert, dem damals vor allem in Gestalt von professionalisierten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) daherkommenden Protest gegen die „Auswüchse“ neoliberaler Globalisierung dadurch zu begegnen, dass sie den NGOs auf dem Nebenschauplatz der UN-Konferenzen begrenzte Mitspracherechte einräumten. Mit dieser „Offensive des Lächelns“, einer Strategie der Kooptation und Einbindung, hatten die staatlichen Akteure großen Erfolg. Viele Lobby- und NGO-VertreterInnen sahen in diesen Dialogangeboten auch einen Beweis ihrer Stärke. Sie produzierten Expertisen, bewegten sich professionell auf dem diplomatischen Parkett und vertrauten auf die Macht des besseren Arguments. Mit Seattle änderte sich die Situation. Die massiven Proteste auf der Straße unterstrichen, dass es mit der „Offensive des Lächelns“ allein nicht mehr getan ist.

Anders ausgedrückt: Nachdem sich ein relevanter Teil der KritikerInnen neoliberaler Globalisierung nicht länger an den herrschenden Politikformen und -inhalten orientiert, sondern diese selbst in Frage stellt und mit den symbolischen Angriffen auf G-8, IWF oder WTO die Legitimation dieser Institutionen erfolgreich angekratzt hat, wird verstärkt die repressive Karte gespielt. Zwei Ziele werden damit verfolgt: Zum einen soll die sich herausbildende internationale Protestbewegung in der Öffentlichkeit delegitimiert werden. Dies zeigt sich in Kommentaren, die den „Globalisierungsgegnern“ bescheinigen, in Genua „keine zusätzliche Legitimität gewonnen (zu haben), die sie auch nur entfernt in die Nähe der gewählten Repräsentanten alter Demokratien rückte“ (FAZ, 23.07.01); dies zeigt sich des Weiteren in der Rede von „Krawallmachern“ und „Polit-Hooligans“, die sich durch die Mainstream-Medien zieht; und dies zeigt sich schließlich in der Diskreditierung und Kriminalisierung der Bewegung seitens der staatlichen Gewaltapparate. Zum anderen wird versucht, die Heterogenität und Widersprüchlichkeit der Protestbewegung zu nutzen, um sie zu spalten. Aufforderungen zur Distanzierung von den Gewalttaten des sog. „Schwarzen Blocks“ gehen hier einher mit Vereinnahmungsbemühungen gegenüber gemäßigten Organisationen und den meisten Intellektuellen. Ange-

sichts der nicht länger zu verschleiernnden, bislang jedoch vor allem symbolischen Erfolge der Bewegung ist in naher Zukunft mit verstärkten Kooptationsoffensiven zu rechnen. Diese werden sich vor allem an die Teile der Bewegung richten, die man vielleicht als „außerparlamentarische internationale Sozialdemokratie“ incl. ihrer grünen und kirchlichen Strömungen bezeichnen kann. Diese besetzen die Politikfelder, die in Deutschland mit der neoliberalen Wende von Rot-Grün aufgegeben wurden. Für andere Länder gilt aber ähnliches. Typisch für diese Teile der Bewegung ist die Hoffnung auf den Staat als Moderator des Globalisierungsprozesses. Diese relative Staatsnähe macht sie anfällig für Vereinnahmungs- und Spaltungsversuche seitens der staatlichen Apparate. Sehr wahrscheinlich ist, dass nur noch diejenigen Organisationen finanzielle Zuwendungen erhalten, die sich von radikaleren Aktionsformen unmissverständlich distanzieren.

Ob dieses staatliche und mediale Vorgehen erfolgreich sein wird, lässt sich derzeit noch nicht sagen. Jedoch sind u. E. mindestens zwei Entwicklungen vorstellbar. Erstens: Die Polizeistaatsmethoden fallen auf ihre Urheber zurück. Bis in die konservative Presse wird eingestanden, dass die Polizei den Bogen überspannt hat. Wenn eine relevante und zunehmend artikulationsfähige Minderheit mittels Wasserwerfer, Tränengas und Prügelorgien von den Segnungen des Freihandels überzeugt werden soll, dann findet das vielleicht die Zustimmung der FAZ. Liberalere Medien geraten dadurch in ein Dilemma, das sich auf die Formel „Für Freihandel oder für Bürgerrechte“ bringen lässt – und entscheiden sich u.U. für letztere. Auch die im Zuge von Göteborg scheinbar noch erfolgreichen Versuche zur Spaltung der Protestbewegung könnten mit Genua einen Rückschlag erlitten haben. Denn die an die gemäßigteren Teile gerichtete Forderung, sich von den „Militanten“ zu distanzieren, droht dann ins Leere zu laufen, wenn sich diese Teile selbst plötzlich mit massiver staatlicher Repression konfrontiert sehen.

Die zweite denkbare Entwicklung bestünde darin, dass sich die Tendenz eines primär repressiven Umgangs mit großen Teilen der Protestbewegung verdichtet. Diese Strategie müsste, um dauerhaft erfolgreich zu sein, ausgeübt werden als in Genua. Des Weiteren müsste sie von einer auf die Stabilisierung neoliberaler Hegemonie zielenden ideologischen Offensive begleitet werden, die auch die Mitspracheangebote an gemäßigte KritikerInnen und den ihr verbundenen Intellektuellen zu erweitern verspricht. Der nächste Gipfelort böte hierfür gute Gelegenheiten, denn in der Abgeschiedenheit der kanadischen Rocky Mountains könnte die Zitadellenatmosphäre von Genua u.U. einem Klima der Vertraulichkeit weichen, in dem erlesene VertreterInnen der globalen „Zivilgesellschaft“ der Einladung zum Kammingespräch nur schwer widerstehen

würden. Der „militante Rest“, der nicht hinzu gebeten würde bzw. sich dieser Form des „Dialogs“ zu widersetzen wagte und sich damit selbst „diskreditierte“, würde dann vertrauensvoll den staatlichen Gewaltapparaten überantwortet. Die Spaltung der Protestbewegung ebenso wie die Delegitimierung der „nicht-dialogwilligen“ Teile innerhalb selbiger wäre geglückt.

Die internationale Protestbewegung befindet sich u. E. also in einer wichtigen Phase. Möglich ist, dass sie in einer breiteren Öffentlichkeit Rückhalt gewinnt (ATTAC Deutschland z.B. erfreute sich in den Tagen nach Genua laut Frankfurter Rundschau vom 27.07.01 eines starken Mitgliederzuwachses) und dass sie sich intern festigt, dass also die brutale staatliche Gewalt zur Solidarisierung mit und innerhalb einer äußerst heterogenen Bewegung führt. Eine Bewegung, die sich ihrer Widersprüchlichkeit bewusst ist, kann sich in ihrer wechselseitigen Kritik durchaus stärken. Möglich ist aber auch, dass die Protestbewegung einen Legitimitätsverlust erleidet und dass die staatliche Repression die internen Widersprüche verschärft. Einer dieser zahlreichen Widersprüche ist die Haltung zur Militanz.

2. Die Rolle von Militanz in sozialen Bewegungen

Gebetsmühlenartig wird in vielen Medien behauptet, militante Aktionsformen würden den Anliegen der Gegendemonstranten per se schaden. Behauptet wird dies in aller Regel von denselben Medien, denen die Anliegen der GegendemonstrantInnen keine Notiz wert sind, die bei Begriffen wie strukturelle Gewalt nur müde abwinken und die nicht willens sind, über die katastrophalen Auswirkungen etwa der Verschuldungskrise zu informieren. All dies ist ihnen zu abstrakt und zu theoretisch. Damit lassen sich keine Auflagen steigern. Es sind dieselben Medien, die nach der Randalie, nach martialischen Bildern, nach dem eingeschlagenen Schaufenster und nach Blut gieren, um sich sofort empört davon distanzieren zu können.

Doch auch von vielen Kritiker/innen neoliberaler Globalisierung wird die Position vertreten, dass Militanz per se den politischen Anliegen von Bewegungen schadet. So schreibt etwa Peter Wahl (taz, 16.7.01), Mitarbeiter von WEED: „Das Gewaltthema marginalisiert alles Inhaltliche.“ Und Susan George, eine der bekanntesten GlobalisierungskritikerInnen, formulierte unmittelbar nach Göteborg: „Die Medien sprechen natürlich nur über die Gewalt. Unsere Ideen, die Gründe für unsere Opposition, unsere Vorschläge werden vollständig in den Hintergrund gedrängt... Eine Bewegung kann sich nicht auf der Grundlage einer Jugendkultur und auf der Bereitschaft, sich verprügeln zu lassen, entwickeln“ (elektronischer Rundbrief von ATTAC Frankreich, 18.06.01). Solche Einwände und Kritik müssen ernst genommen werden.

Wie auch immer man der Militanz gegenüberstehen mag, festzuhalten bleibt: Militanz in sozialen Bewegungen war immer sehr widersprüchlich. Sie war seit der 68er-Bewegung fester Bestandteil sozialer Bewegungen. Sie hat des Öfteren auch dazu beigetragen, Themen in das Blickfeld der Öffentlichkeit zu bringen und somit Räume für politische Auseinandersetzungen zu öffnen. Zu nennen wären für die BRD etwa die Häuserkampf-Bewegung, die Anti-AKW-Bewegung und die Bewegung gegen die Startbahn West zu ihren Hochzeiten. Keineswegs war es in diesen Bewegungen so, dass der Protest nur von denen getragen wurde, die dazu bereit waren, sich verprügeln zu lassen (s.



Wackersdorf). Und in den 90er-Jahren waren es vor allem Militante, die sich den neonazistischen Aufmärschen entgegen gestellt und Flüchtlingsheime vor dem rassistischen Mob geschützt haben. Die Militanz der Zapatisten, um ein weiteres Beispiel zu nennen, hatte eine Fülle positiver Auswirkungen. Ihre Aktionen waren stets begründet und vermittelbar. Ihre Militanz folgte immer dem Primat des Politischen. Sie machte aufmerksam auf die Auswirkungen der neoliberalen NAFTA-Politik und war auch eine Art Initialzündung für eine internationale kapitalismuskritische Protestbewegung. In Folge der Interkontinentalen Treffen bildeten sich transnationale Netzwerkstrukturen heraus. Von diesen profitiert die internationale Protestbewegung heute.

Ein letztes Beispiel ist die internationale Protestbewegung selbst. Mit ihrer Mischung aus Massenmobilisierung, Entschiedenheit und Militanz hat sie es geschafft, den Schwerpunkt der Aktivitäten in Seattle zum ersten Mal seit langer Zeit vom Konferenzsaal auf die Straße zu verlagern. Deutlicher als zuvor werden seitdem der gewalt- und herrschaftsförmige Charakter der Weltwirtschaft und die Rolle, die die G-8-Staaten dabei spielen, thematisiert. Im Gegensatz zu Susan George sind wir deshalb der Ansicht, dass auch aufgrund der in Seattle etc. angewandten militanten Protestformen so viel über „unsere Ideen“ und „die Gründe für unsere Opposition“ berichtet wird wie seit langem nicht mehr. Die „Zeit“ schreibt in ihrer Ausgabe vom 26.07.01: „Genua 2001:

War das die Geburtsstunde einer neuen linksradikalen Bewegung? (...) Klar ist, dass die Ereignisse von Genua die Globalisierungskritiker geeint und gestärkt haben. (...) Seit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus 1989 hatte die neoliberale Wirtschaftstheorie nahezu unangefochten den Ton vorgegeben. War es überhaupt nicht chic, nach den Schattenseiten von Globalisierung, Flexibilisierung und Rationalisierung zu fragen. Nun aber etabliert sich wieder ein linker, antikapitalistischer Diskurs, der bis weit in die Bevölkerung hinein Sympathie findet. (...) Die Globalisierungskritiker sind im Aufwind, und der radikale Flügel hat ihr Anliegen in die Schlagzeilen gebracht.

Erinnert sich noch jemand an den Weltwirtschaftsgipfel vor zwei Jahren in Köln? Damals hatten 40 000 Protestierer friedlich für dieselben Ziele demonstriert wie jetzt in Genua – große Aufmerksamkeit wurde ihnen nicht zuteil. (...) Gewalt, kein legitimes Mittel in der politischen Auseinandersetzung, hat die Mobilisierung sozialer Bewegungen schon oft vorangetrieben.“ Wie gesagt, man kann dies bedauern oder nicht. Aber man sollte nicht einfache Kausalketten wie Wahl und George herstellen, die der Überprüfung nicht standhalten.

Allerdings kann nicht verschwiegen werden, dass es auch in Genua Aktionsformen gab, die nicht akzeptiert werden können. Jede Aktionsform trägt ein hohes Maß an Verantwortung für andere in sich. Dieser Grundsatz wurde des Öfteren missachtet. Einige Militante haben andere DemonstrantInnen als Schutzwall missbraucht; andere haben Bankfilialen angezündet, die sich in Wohnhäusern befanden (s. taz vom 1.8.01). Wieder andere haben kleine Läden geplündert und Tankstellen angezündet. Dies waren beileibe nicht nur Polizeiprovokateure, die es, wie Foto- und Filmaufnahmen eindeutig belegen, gegeben hat. Unsere Kritik gilt aber auch den Kommentaren auf einigen Internetseiten, die für eine Ausweitung der Militanz plädieren. Wir können nicht beurteilen, wie repräsentativ solche Aussagen sind. Solche Beiträge lassen sich u.E. nur als unmittelbare Reaktionen auf die schockartigen Eindrücke von Genua erklären. Denn eins sollte klar sein: Auf dieser Ebene kann es nur einen Sieger geben.

Trotz dieser Kritik kann es angesichts der Ereignisse von Genua nicht darum gehen, in voraus eilendem Gehorsam und im zweifelhaften Bemühen, die „eigentlichen Anliegen“ der Bewegung davor zu bewahren, diskreditiert zu werden, sich in Distanzierungen von der Militanz gegenseitig zu überbieten. Dies käme einem Steilpass auf die Regierenden und ihre massenmedialen Unterstützer gleich. Es würde bedeuten, sich auf deren Spielfeld zu begeben und sich den herr-

schenden Spielregeln anzupassen und damit eben den Weg zu verlassen, der in Seattle eingeschlagen wurde und der die Stärke der Bewegung bislang ermöglicht hat. Solche Distanzierungen würden auch den medial vermittelten Eindruck verstärken, als hätten sich in Genua linke und staatliche Gewalt gegenseitig aufgeschaukelt und die Eskalation der Gewalt seitens der Polizei wäre eine Folge dieses Aufschaukelungsprozesses.

3. Die internationale Protestbewegung nach Genua

Die staatliche Gewalt hatte – ebenso wie die Kriminalisierungsversuche im Vorfeld des G-8-Gipfels – zum Ziel, die internationale Protestbewegung einzuschüchtern, zu schwächen und zu delegitimieren. Es besteht allerdings die begründete Aussicht, dass dies nicht wie gewünscht gelungen ist. Infolge dieser Ereignisse sehen wir drei Herausforderungen, die sich der internationalen Protestbewegung jetzt stellen.

Erstens muss man die staatliche Gewalt von Genua zum Anlass nehmen, die Kritik und den Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung und die Institutionen, über die diese sich durchsetzt, voranzutreiben. Neoliberale Globalisierung richtet sich nicht nur gegen die „Dritte Welt“; die internationale Protestbewegung ist nicht einfach der „Anwalt“ der Menschen im Süden, als der sie in nahezu allen Medien immer dargestellt wird. Neoliberale Globalisierung, so die zentrale Botschaft der staatlichen Repression vor und während Genua, geht vielmehr mit dem gewaltförmig sich vollziehenden Abbau von sozialen und politischen Rechten weltweit einher; und die Protestbewegung ist folglich Ausdruck eines globalen Kampfes für eine radikale Demokratisierung, die eine grundlegende Veränderung des bestehenden nationalen und internationalen Institutionengefüges erfordert.

Zweitens halten wir es für erforderlich, dass die internationale Protestbewegung ihr Verhältnis zum Staat grundlegend überdenkt. Bisher dominiert eine Tendenz, die wir hier als „internationale außerparlamentarische Sozialdemokratie“ bezeichnen. Dieser durchaus widersprüchlichen Strömung gehören die meisten NGOs, Bewegungen wie ATTAC und viele Intellektuelle an. Merkmal dieses derzeit dominanten Teils der Protestbewegung ist eine etatistische Grundorientierung, d.h. eine Ausrichtung auf die staatlichen Institutionen. Diese geht einher mit einem konsens- und dialogorientierten Politikverständnis. Man hofft auf staatsinterventionistische Maßnahmen, um den angeblich über die Ufer getretenen Weltmarkt wieder zähmen zu können. Man beklagt die Auswüchse des Kapitalismus, die vor allem in der Expansion der internationalen Finanzmärkte sichtbar seien und stellt dem relativ technokratische Steuerungsmodelle wie die Tobin-Tax entgegen. In ihren Forderungen repräsentiert sie das Programm des ehema-

ligen Finanzministers Lafontaine (s. FR 7.8.01, S.5). Die Bedeutung dieser Strömung besteht darin, wichtige Fragen auf die Tagesordnung gesetzt und so aufbereitet zu haben, dass sie eine hohe Mobilisierungswirkung entfalten. Diese Wirkung wird aber mit einem reduzierten Kapitalismus- und Staatsverständnis erkaufte. Der Staat wird als prinzipiell neutrales Terrain betrachtet, das nur von den fortschrittlichen Kräften besetzt werden muss, um den „entfesselten“ Kapitalismus wieder an die Leine nehmen zu können. Eine solche Herangehensweise war schon vor Genua problematisch, zeigt doch die neoliberale Globalisierung, dass die Chancen äußerst gering sind, über den Staat Veränderungen im progressiven Sinne zu erreichen. Nach Genua ist eine solche Position noch problematischer geworden. Lässt sich anschaulicher als dort zeigen, dass die staatlichen Instanzen – trotz aller internen Widersprüche – nicht gegen den vermeintlich entfesselten Markt in Stellung gebracht werden können? Der neoliberale Kapitalismus wird vielmehr durch sie mit Gewalt durchgesetzt und verteidigt.

Wir sehen innerhalb der Protestbewegung eine weitere Strömung, die dem Rechnung zu tragen versucht. Es handelt sich um die mehr aktionsorientierten, explizit anti-etatistischen und anti-institutionalistischen Netzwerke, die in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben. Im Gegensatz zur ersten Strömung thematisiert diese Gewalt- und Machtverhältnisse grundsätzlich, seien diese kapitalistischer, rassistischer oder patriarchaler Art. Ihren Ausgangspunkt fand diese Strömung in den zapatistischen Treffen. Die Zapatisten hatten deutlich gemacht, dass Widerstand gegen den Absolutheitsanspruch des Neoliberalismus möglich ist. Das „Ende der Geschichte“ war eben nicht erreicht. Das „Ya basta – Es reicht, wir wehren uns“ der Zapatisten wirkte dabei als Triebfeder für neue internationale Vernetzungsversuche. Eine ihrer Organisationsformen ist PGA (Peoples Global Action), ein weltweit operierendes Bündnis.

Bedeutend für diesen Teil der Bewegung ist, dass sie – insbesondere in westeuropäischen Ländern – vor allem von vielen jungen Leuten getragen wird, deren biographische Erfahrungen sich fundamental von denen älterer AktivistInnen unterscheiden. Für die BRD heißt dies: das Scheitern des autoritären Sozialismus und die damit einhergehende fast vollständige Marginalisierung auch undogmatischer Linker ist ebenso wenig Teil ihrer Lebenszeit wie die desillusionierende und desaströse Entwicklung der Grünen, die für viele Altlinken ein wichtiger Bezugspunkt in den letzten beiden Jahrzehnten waren. Die Grünen sind für sie definitiv kein Bezugspunkt mehr – ebenso wenig die PDS, abgesehen von eher taktischen Bündnissen. Äußerungen wie die von Außenminister Fischer, dass man in Genua eigentlich „eine Demonstration

der Freude veranstalten“ müsse, weil „die Frage nach der gerechteren Welt Thema des Gipfels“ (Spiegel 30/2001) ist, ernten zu Recht nur noch Spott. Eine neue, junge Oppositionsbewegung, die „hungrig ist auf Opposition gegen den globalen Kapitalismus, der die Kosten eines Erfolgs allzu gerne externalisiert“ (Woche vom 27.7. S. 7), könnte somit tatsächlich im Entstehen sein. Dass es in diesen Strömungen theoretische Schwächen gibt, ist nicht zu verkennen. Damit ist nicht das von den Medien immer wieder beklagte Fehlen einer gebrauchsfertigen Alternative zur neoliberalen Globalisierung gemeint. Im Gegenteil: Dieser „Mangel“ ist u. E. eine Stärke. Gesellschaftliche Entwürfe entstehen in Auseinandersetzungen und lassen sich nicht am Reißbrett planen und in klar aufeinander folgenden Schritten und Etappen umsetzen. Richtig ist jedoch, dass es bislang oft an einem Begriff dessen fehlt, wogegen sich der Protest richtet. Stattdessen scheint ein eher diffuses Unbehagen am nicht weiter durchgedrungenen Neoliberalismus vorzuherrschen, das es Kritikern leicht macht, die Anliegen der Protestbewegung als wohlmeinend-weltfremde Spinnereien abzutun. Auch hier ist eine Auseinandersetzung mit so grundlegenden Kategorien wie „Staat“ und „Kapitalismus“ angesagt, die gerade angesichts von Genua neue Nahrung erhalten sollte.

Drittens erscheint uns eine stärkere Verankerung der Protestbewegung vor Ort erforderlich. Dies betrifft vor allem die BRD. Der Zustand der internationalen Protestbewegung und ihrer Teile zeigt sich von Land zu Land sehr unterschiedlich. Deutschland stellt aus diversen Gründen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, in vielen Punkten ein Schlusslicht dar. Hier verbietet es sich noch, von einer Bewegung zu sprechen. Denn hier kontrastiert die Dynamik, die die Bewegung auf internationaler Ebene offensichtlich erlangt hat, auffallend mit dem nahezu völligen Stillstand in den alltäglichen Zusammenhängen, in denen sich viele ihrer AktivistInnen bewegen: den Universitäten, den Betrieben, den Stadtteilen. Die Folgen einer kapitalistischen Globalisierung müssen nun wieder in den konkreten Lebenszusammenhängen thematisiert werden: der Leistungszwang, das Funktionieren-Müssen, die Vorherrschaft des Marktes in den Köpfen, das TI-NA-Denken (There is no Alternative), das Konkurrenzdenken, der Ausschluss derjenigen, die sich das Recht nehmen, weniger als 12 Stunden am Tag zu arbeiten. Hier ist der Aufbau entsprechender Strukturen vonnöten, die dem internationalen Protest einen stärkeren Rückhalt und mehr Kontinuität verleihen würden und auch gegenüber staatlicher Repression weniger anfällig und angreifbar wären. Eine Konzentration der Anstrengungen auf internationale Großereignisse trägt nur eine kurze Zeit. Protestbewegungen waren immer nur so stark, wie sie vor Ort verankert waren.

Einladung zum großen Friedensfestival

Am 1. September ist weltweit Antikriegstag. An diesem 1. September wollen wir Kurdinnen und Kurden in Europa mit unserem internationalen Friedensfestival ein Zeichen setzen.

Ein Zeichen für den Frieden:

Für den Frieden zwischen den Völkern!

Für das friedliche Zusammenleben aller Menschen mit ihren verschiedenen Kulturen, Sprachen und Traditionen!

Ein Zeichen also für gegenseitigen Respekt und Toleranz.

Unser Friedensfestival soll zeigen:

Wir wollen Frieden säen, gemeinsam mit all denen, die im Frieden den Weg sehen, die Zukunft der Menschen und der Völker human, gerecht und in Menschenwürde zu gestalten.

Nach so vielen Jahren des Krieges brauchen wir Kurdinnen und Kurden den Frieden, um unsere Dörfer wieder aufzubauen, unseren Boden wieder fruchtbar zu machen, unsere Felder zu bestellen und unsere Wälder wieder aufzuforsten. Viel schwerer noch verheilen die Wunden, die der Krieg in den Herzen der Menschen, der Kurden und Türken, hinterlassen hat. Die Aussöhnung zwischen dem kurdischen und dem türkischen Volk kann nur im Frieden gelingen. In einem Frieden, der zur unbedingten, gegenseitigen Anerkennung führen muss.

Dieser Frieden lässt sich nur gemeinsam säen!

Wir Kurdinnen und Kurden möchten mit unserer eigenen Kultur und Kunst, mit unserer Sprache und Literatur und mit unserer Geschichte eine Brücke zum Reichtum der Völker der Welt schlagen.

Unsere Sehnsucht nach Frieden und Freiheit möchten wir stillen, indem wir unsere eigene Geschichte als ein Beispiel für den Schmerz, die Verleugnung, die Erniedrigung und die Missachtung der Identität aufzeigen, die kein anderes Volk jemals erleiden soll. Die Voraussetzung für einen stabilen und gerechten Frieden bedeutet, die gegenseitige Achtung und den gegenseitigen Respekt vor den Rechten des jeweils Anderen zu schaffen und zu wahren.

Die Anerkennung des kurdischen Identität ist die Voraussetzung und eine der Säulen des Friedens.

Das Unrecht muss ein Ende finden!

Wir sehnen uns nach Frieden, Gleichberechtigung und Anerkennung unserer Identität.

Wir hoffen, mit unserem Friedensfestival eine Wende in Europa zu erreichen. Wir erstreben ein Zusammenleben der Völker nicht nur in der Türkei und Kurdistan, sondern auch in Europa. Die Rechte, die für andere Völker gelten, sollten in Europa auf Grund der demokratischen Richtlinien auch von uns Kurden in Anspruch genommen werden können. Wir wollen den Rechten unseres Volkes in Europa und weltweit zur Anerkennung verhelfen. Um einen dauerhaften Frieden zu schaffen, muss die Identität der Kurden anerkannt werden.

Deshalb fordern wir

- die Aufhebung des PKK- Verbots und

- die Anerkennung der kurdischen Identität.

Für unsere Friedensgedanken brauchen wir den Dialog.

Europa muss seinen Beitrag zur Lösung der Kurden-Frage auf demokratischen und politischen Wegen leisten.

Dafür wollen wir werben. Dafür wollen wir bei unserem Friedensfestival am 1. September 2001 im Müngersdorfer Stadion in Köln Mitstreiter gewinnen. Sie alle sind dazu auf das Herzlichste eingeladen!

Organisation und Veranstalter

YEK-KOM (Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland), Graf- Adolf- Str. 70a, 40210 Düsseldorf

1. September, bundesweit: In zahlreichen Orten finden auch in diesem Jahr wieder *Antikriegs-Demonstrationen* statt.

7. bis 9. September, Berlin: *Grenzüber tretungen – Umgang mit dem Anderen.* Die Internationale Konferenz, durchgeführt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem IPP Amsterdam, untersucht die Zusammenhänge von Rechtstextremismus, Migration und Geschlechterkonstruktionen in Polen, Tschechien und Deutschland. Eine Veranstaltung in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem IPP Amsterdam. – Am Köllnischen Park 6-7, 10179 Berlin. Informationen: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon: 030 / 29 78 42 21, e-mail: moe-konferenz@rosaluxemburgstiftung.de – Website: www.rosaluxemburgstiftung.de

9. September: Kommunalwahlen und Wahl der Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister in Niedersachsen

14./15. September, Frankfurt: *Antifaschistischer Widerstand und gewerkschaftlicher Kampf.* Gewerkschaftshaus, Historisch-politische Tagung aus Anlass des 90. Geburtstages von Willy Schmidt, ehem. Jugendfunktionär in Duisburg, Organisator der illegalen Arbeit an Rhein und Ruhr, führendes Widerstandsmitglied im KZ Buchenwald, Metaller und Zeitzeuge, u.a. mit: J.Hinzer, Dieter Hooge, Reinhard Kühnl, Günter Judick, Ulrich Schneider, Peter Scherer. Anmeldung: (bis 10.9.): Horst Gobrecht, Jahnstr. 8, 65185 Wiesbaden, Fax: 0611/40 97 19

15./16. September, Berlin: *Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union,* Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4. Kontakt: Bundesgeschäftsstelle der Humanistischen Union, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel.: 030/204502-56, Fax: 030/20450257. E-Mail: hu@ipn-b.de – Internet: http://www.humanistische-union.de

21.-23. September, Arnoldshain: Jahrestagung „Auf der Suche nach Ort und Zeit menschenrechtlicher qualifizierter Politik“ des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Ev. Akademie Arnoldshain. Kontakt: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11 (HH), 50670 Köln, Tel.: 0221/9726930, Fax: 0221/9726931. E-Mail: Grundrechtekomitee@t-online.de Internet: http://www.grundrechtekomitee.de

22. September, Fulda: *Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften,* Kapitel 19, 20 und 21: Internationaler Handel und Währung, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

23. September: Bürgerschaftswahlen in Hamburg

28.-30. September, Bremen: 17. IfF-Jahrestagung „2001 – Odysee im Cyberspace? Wege und Irrwege der Informationstechnik“.